

# Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.  
(Einschließlich 5 Heller Porto)

Zentralorgan d. Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.  
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Redaktion u. Verwaltung: Prag II, Archastraße 18 • Telefon: 20703, 31409, Nachtrelefon: (ab 7 Uhr): 33536 • Postfach: 37544

12 Jahrgang.

Donnerstag, 22. Dezember 1932

Nr 301.

## Autobusvorlage bereinigt.

### Sprachenvorschriften auf den Autobusverkehr beschränkt. Analoge Vorschriften für tschechische Chauffeure im deutschen Gebiet.

Prag 21. Dezember. Die Verhandlungen des Senatskommissionars mit den Vertretern der Regierung über die Änderungen an der Autobusvorlage wurden nach Winternacht auf heute zu einem Abschluß gebracht, so daß heute Nachmittag bereits die Vorlage mit den vorgeschlagenen Änderungen im Budgetausschuß auf die Tagesordnung kam. Wegen des Beginnes der Hausung mußte der Ausschuß die Beratungen unterbrechen; er nahm sie um halb acht Uhr abends wieder auf. Auch der Verkehrsauausschuß wurde für abends zur Beratung der Vorlage einberufen, die morgen noch im Senatsplenarium erledigt werden soll.

An der Vorlage waren vor allem die sprachlichen Bestimmungen des § 12 im Brennpunkt des Interesses. Es ist den deutschen Regierungsparteien gelungen, die Vorschriften über die „angemessene“ Kenntnis der Staatsprache für das mit dem Publikum in Kontakt kommende Personal auf die Massenförderung von Personen, d. h. auf den Autobusverkehr einzuschränken. Die Chauffeure von Autos und von Lastenautos fallen also nicht unter diese Bestimmungen.

Außerdem haben diese sprachlichen Bestimmungen dadurch den Charakter der Einseitigkeit verloren und so ein ganz anderes Gesicht bekommen, daß in einem neuen Zusatz festgelegt wird, daß umgekehrt in Bezirken mit einer mindestens 70prozentigen sprachlichen Minderheit das Autopersonal dieser Minderheitensprache in einem durch Regierungsverordnung zu bestimmenden Umfang mächtig sein muß, daß also auch tschechische Chauffeure im deutschen Gebiet die deutsche Sprache in einem gewissen Umfang beherrschen müssen. Ferner soll die Durchführungsverordnung den Umfang einer solchen „Sprachprüfung“ auf das Notwendigste, d. h. auf etwa 50 bis 100 Fragen und Antworten, die der Chauffeur beherrschen soll, einschränken.

Der § 12 lautet also in seiner neuen Fassung (abgesehen von den Bestimmungen über die sprachliche Seite der Fahrerarten, die unbedeutend sind):

„In Unternehmen, die für den Massentransport von Personen eingerichtet sind, hat das Personal, das mit dem Publikum in Verbindung kommt, für diesen dienstlichen Kontakt der Staatsprache angemessen kundig zu sein. Wer schon vor der Wirksamkeit dieses Gesetzes in das Unternehmen für diesen Dienst ausgenommen wurde, erfüllt diese Verpflichtung nachträglich in einer von der Regierung festgesetzten Frist.“

Durch Regierungsverordnung wird der Umfang der sprachlichen Eignung des Personals für dessen dienstlichen Kontakt mit dem Publikum in den Bezirken mit einer Bevölkerungszahl gemäß des Abs. 1 des § 2 des Gesetzes vom 29. Febr. 1920, Z. 122, bestimmt werden.

### Die neuen Steuersätze.

Die Vorlage führt bekanntlich drei Steuererhöhungen ein. Die Fahrkartensteuer für Niederland-Autobusse in der Höhe von 30 Prozent des Fahrgeldes bestand bereits und wird nicht geändert.

Die Personentransportsteuer (bei gewerbsmäßigen Betrieben) nach § 52 wird, wie wir bereits gestern meldeten, gegenüber den beantragten Sätzen herabgesetzt. Sie beträgt für Personenautos mit einem Motorinhalt bis zu 1 Liter 800 (ursprünglich 1000), von 1 bis 2 Litern 1250 (1500), über 2 Liter 1800 (1500) Kronen, bei Wagen mit elektrischem oder Dampfanztrieb 1200 Kr. jährlich. Die vorgesehene Verdoppelung dieser Sätze für Autos, die nach den Niederlandverkehr durchzuführen, wird gestrichen.

Die Warentransportsteuer für Lastenautos, deren Sätze im § 63 geregelt sind, wird gegenüber den dort vorgesehene Steuersätzen durchwegs auf die Hälfte ermäßigt. Es beträgt also diese Steuer pro Kalenderjahr:

für Motorräder mit Beiwagen und Motorräder 450 (900), für Traktoren mit Schlep-

wagen für jede Pferdekraft, bezw. beim Schleppwagen für je 100 Kilo Tragfähigkeit 25 (50), für Traktoren ohne Schleppwagen pro Pferdekraft 50 (100), für andere Lastkraftwagen für je 100 Kilo Tragfähigkeit 50 (100), für Anhängerwagen von Lastkraftwagen für je 100 Kilo Tragfähigkeit 25 (50) Kr.

Diese Steuererhöhungen betreffen den Personenverkehr in eigener Regie des Unternehmers, soweit er über die Grenzen der Betriebsstätte, bezw. über den Verkehr zwischen Betriebsstätten desselben Unternehmers in einer und derselben Gemeinde nicht hinausgeht. In letzterem Falle unterliegt der Lastentransport überhaupt keiner Besteuerung, doch müssen nach einer neuen Bestimmung diese Wagen „auffällig bezeichnet“ sein.

Wird dagegen der Lastentransport gewerbsmäßig, also von einem Spediteur betrieben, so beträgt die Warentransportsteuer das Dreifache der oben angeführten Steuererhöhungen (ungeändert).

Durch diese Ermäßigungen dürfte sich der Ertrag der Steuer von den veranschlagten 60 auf etwa 52 Millionen krönen senken. Diese Senkung soll, wie schon gemeldet, durch die Erhöhung des Benzol-Spiritus-Brennstoffes um 25 Hektoliter um 20 Heller wieder ausgeglichen werden.

Die weiteren Änderungen, soweit sie allgemeines Interesse haben, sind folgende:

Nach der neuen Fassung des § 7 kann der bisherige Konzeptionär, der rechtzeitig ein Gesuch um Erteilung der neuen Konzeption vor Ablauf

der alten eingereicht, oder bis zum Ablauf der Konzeption noch keine amtliche Erlaubnis erhalten hat, den Betrieb trotzdem noch vorangegangener Anmeldung vorläufig bis zur Entscheidung über das Gesuch weiterführen.

In den Schlussbestimmungen wird in § 80 die Beschränkung, wonach die Hälfte der Fahrkartensteuer dem Straßenfonds zugewiesen wird, auf höchstens 20 Millionen gestrichen.

### Senatsplenium.

Im Plenum des Senates stand die Novelle zur Exekutionsordnung zur Verhandlung. Diese entspann sich eine lebhafte Debatte, in der u. a. Dr. Kavalik (Slow.) weitere Ergänzungen der Novelle speziell für die Zionsfabrik forderte. Nach Durchführung einer Textkorrektur und Ablehnung aller Änderungsanträge wurde die Vorlage in beiden Lesungen angenommen. Dann kam noch ein Zusatzprotokoll zum Schweizer Handelsvertrag zur Abstimmung, der für gewisse Waren die bestehenden vertraulichen Zollbindungen aufhebt. Die Kontingentsabkommen sind nicht im Protokoll selbst, sondern in dem begleitenden Schriftwechsel enthalten. Dann wurden noch Immunitäten erledigt.

Zu Beginn, bzw. während der Sitzung wurde die Staatsangestelltenvorlage und die eben erst vom Parlament angenommenen Vorlagen über die Sparkommission und das Budgetprovisorium im Hause aufgelegt. Die zuständigen Ausschüsse erhielten zur Beratung eine fünfzählige Frist.

In der morgigen letzten Sitzung vor den Ferien, die für 9 Uhr anberaumt ist, soll das Autokapitalgesetz sowie die Verlängerung des provisorischen Automobilgesetzes im abgefertigten Besonderen behandelt werden.

## Das Schicksal der österreichischen Anleihe ungewiß.

Paris, 21. Dezember. Die neue Regierung Paul-Boncour steht außer vor der Schuldentragung nach noch vor einem anderen aktuellen und schwierigen Problem, dem Verlangen, daß das französische Parlament das sogenannte Lausanner Anleiheprotokoll Österreichs vom 15. Juli 1932 ratifiziere. Durch dieses Protokoll wird bekanntlich die Ausschreibung einer internationalen Anleihe von 300 Millionen Schilling als Hilfe an Österreich unter der Patronanz des Völkerbundes festgelegt. Frankreich soll einen Anteil von 100 Millionen Schilling zahlen. Die Angelegenheit soll bis 31. Dezember beraten sein.

Wir rüdfick darauf, daß heute schon der 21. Dezember ist, und mit Rücksicht auf die gegenwärtige schwierige Finanzlage möchte die Regierung eine rege Tätigkeit entfalten, um die

Ratifizierung des Lausanner Protokolls noch bis Ende Dezember sowohl in der Deputiertenkammer als auch im Senate durchzubringen. Einige führende Mitglieder der Radikalen und der sozialistischen Partei sprachen sich in Privatunterredungen dafür aus, während andere bedeutende Führer dieser Parteien dagegen Stellung nehmen.

(Anmerkung der Redaktion: Artikel 10 des Lausanner Protokolls über die Anleihe an Österreich vom 15. Juli 1932 besagt, daß dieses Protokoll nur dann in Kraft tritt, wenn es bis 31. Dezember 1932 von der österreichischen, der französischen, der spanischen und der italienischen Regierung ratifiziert sein wird. Österreich hat dieses Anleiheprotokoll Mitte Juli, Italien vor einigen Tagen, das deutsche Parlament gestern ratifiziert.)

### Arbeitslosigkeit in Deutschland steigt weiter.

Berlin, 21. Dezember. Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 1. bis 15. Dezember hat die Saisonverschlechterung, der bisher die Hebung des industriellen Beschäftigungsgrades entgegenwirkte, sich in der ersten Dezemberhälfte stärker durchgesetzt. Das Profiwetter brachte in den meisten Teilen des Reiches die Außenarbeiten zum Erliegen. Bei den Arbeitsämtern waren am 15. Dezember rund 3.604.000 Arbeitslose gemeldet, das heißt rund 249.000 mehr als Ende November.

### Verhandlungen über deutsch-französisches Handelsabkommen abgeschlossen.

Berlin, 21. Dezember. Die am 21. November 1932 in Berlin eingeleiteten Verhandlungen zur Überprüfung des deutsch-französischen Handelsabkommens vom 17. August 1927 sind heute zum Abschluß gelangt. Sie haben zur Parafizierung einer Zusatzvereinbarung geführt, die unter Zuzug der beiderseitigen Regierungen zur Genehmigung und Unterzeichnung vorgelegt werden wird. Für die vorläufige Anwendung der Zusatzvereinbarung ist der erste Februar 1933 in Aussicht genommen.

Gleichzeitig werden in Berlin Verhandlungen über den Abschluß eines Abkommens zur Re-

gelung von Zahlungen aus dem Barrenschiff sowie über Erleichterungen für den Reiseverkehr geführt.

### Kein Hoover-Ausschuß für die Schuldenfrage?

Washington, 21. Dezember. (Reuter.) Da Hoover sich gegen den Vorschlag der Zusammenarbeit mit Hoover stellt, scheint es als sicher zu gelten, daß der Ausschuß, den Hoover zusammenstellen will, nach dem 4. März verschwinden wird, wenn es überhaupt zur Zusammenfassung des Ausschusses kommt. Präsident Hoover hatte gestern eine lange Unterredung mit Stimson und Mills. Es scheint sehr unwahrscheinlich zu sein, daß die demokratischen Mitglieder des Ausschusses sich an den Verhandlungen Hoovers im Ausschuß für die Schuldentragungen beteiligen werden.

### Dauerabkommen im englischen Bergbau.

London, 21. Dezember. (AP.) Zwischen den Gewerkschaften und den Bergarbeitervertretern in Cardiff wurde ein Abkommen erzielt, das den Frieden und die Stabilität im Kohlenbergbau von Süd-Wales auf lange Zeit hinaus garantiert. Dieses Abkommen kam nicht vor Febr. 1934 gekündigt werden und bleibt solange in Wirksamkeit, als es nicht von der einen oder der andern Partei aufgehündigt wird.

## Gehaltsabbau und Sozialdemokratie.

Wir hatten in diesem Staate schon hunderte Male Gelegenheit, die Tatsache eines Lohnabbaues in allen Branchen der Produktion zu beobachten. Sehr oft unter geradezu empörenden Umständen. Vom Jahre 1922 angefangen hat die Industrie und der Bergbau die Löhne der Arbeiter und nicht nur dieser, sondern auch der Angestellten, wiederholt verringert. Der Abbau innerhalb dieser zehn Jahre macht bei tausenden Arbeitern 10 bis sogar bis 60 Prozent aus. Man frage doch einmal, was ein Bergarbeiter oder ein Glasarbeiter vor zehn Jahren verdient hat und was er, insofern er das Glück hat noch arbeiten zu können, heute verdient. Die Antwort, die auf diese Frage erfolgt, wird die ganze Tragödie unserer Arbeiterklasse aufzeigen, denn diesen Arbeitern wurde von ihrem einst auskömmlichen Lohn kaum soviel beibehalten, daß sie sich und ihre Familien notdürftig erhalten und ernähren können. Es sind viele, die infolge dieses unmenslichen Lohnabbaues hungern, frieren und körperlich leiden.

Dem Lohnabbau in der Privatindustrie ging ein harter Kampf voraus. Die Arbeiter waren organisiert, waren zum großen Teile in den freien Gewerkschaften zusammengeschlossen. Die Sozialdemokraten waren an ihrem Lohn, an ihrer wirtschaftlichen Stellung direkt interessiert, es waren die gleichen Menschen, welche die Gewerkschaften bilden, die der sozialdemokratischen Bewegung dienen. Ihnen zu helfen war und ist eine Lebensfrage für die Sozialdemokratie. Deshalb wurde jedem Versuch, die Löhne abzubauen, der schärfste Widerstand entgegengekehrt, bei jedem neuerlichen Angriff auf die Löhne der Arbeiter die Öffentlichkeit aufgerufen, um den moralischen Widerstand gegen den Lohnraub zu verstärken.

Wie reagierte nun die Öffentlichkeit auf diese Differenz? Welche Stellung nahm jeweils die bürgerliche Presse ein, wenn daran gegangen wurde, die Löhne zu senken? Und wie vor allem verhielt sich der große Teil der Staatsangestellten zu diesen Attentaten auf die Lebensgrundlage der Arbeiter, jene Angestellten, die doch, soweit sie zur deutschen Nation gehören, zu Tausenden politisch bürgerlichen Parteien angehören?

Beantworten wir ehrlich und offen diese Fragen! Soweit die Staatsangestellten nicht der sozialdemokratischen Bewegung angehören, mochten sie Postler, Lehrer oder Angestellte anderer Staatseinrichtungen sein, sie haben sich einen blauen Teufel um das Schicksal der Arbeiter gekümmert, sie haben sich so selten in einer Abwehrveranstaltung gegen den Lohnraub sehen lassen, daß wenn ein einzelner Staatsangestellter in einer solchen Versammlung erschien, der dann fast immer ein Sozialdemokrat war, dies geradezu ein Ereignis bildete. Wo waren in all diesen Zeiten die Proleten im Staatsdienst bürgerlicher Faust? Sie blieben meist zu Hause, weil sie glaubten, selber geborgen zu sein, viele auch, weil sie kein Empfinden für die Not ihrer Massen-genossen haben und schließlich, weil nach viele geschämt hätten, an einer Demonstrationsteilzunehmen. Damals dachten die Besten daran, daß die Lohnsenkung bei den einen, den Gehaltsabbau bei den anderen bringen müsse.

Und die deutschbürgerliche Presse, die doch in der Hauptsache von den Beamten und Lehrern gläubig gelesen und treulich gehalten wird? Sie schweig öffentlich zu all den Schändlichkeiten, die an den Arbeitern jahrelang verübt wurden. Selten fand man darin ein Wort der Ablehnung, noch seltener ein Wort der Verteidigung der Arbeiter, vielfach bewies die Bürgerpresse sogar den reuigen Mut, den Lohnraub mit der schlechten Wirtschaftskondition zu entschuldigen. Keine Anklage wurde hörbar, keine Drohungen wurden



ausgestoßen, keine Abrechnung für den durch nichts gerechtfertigten Lohnraub in Aussicht gestellt. Die bürgerliche Presse ging über den unumkehrbaren Lohnabbau an deutschen Arbeitern zur Tagesordnung über und feiner der bürgerlichen Staatsangestellten hat dafür die Presse der bürgerlichen Parteien zur Verantwortung gezogen. Damit wurde der Standpunkt dieser Presse zur Verabsicherung des Lohnes armer deutscher Arbeiter und Arbeiterinnen schweigend zur Kenntnis genommen.

Diese Feststellungen zu machen, ist in diesen Tagen notwendig. Seit Wochen und besonders in den letzten Tagen, zum Teil in Flugblättern durch die Staatsangestellten, zum Teil in der deutschbürgerlichen Presse erscheinen Schmähartikel gegen die deutschen Sozialdemokraten, weil die Staatsbeamten einen Gehaltsabbau erdulden müssen, für den man unglücklicherweise die Sozialdemokraten verantwortlich macht. Einen Gehaltsabbau, bei dem dank einer zähe und schneidig durchgeführten Aktion der Sozialdemokraten das Schlimmste von den Staatsangestellten abgehalten wurde. Ein Bild in die Vorlage genügt, um festzustellen, daß der Erfolg, der dem Eingreifen unserer Genossen — besonders für die unteren Schichten der Angestellten — zu verdanken ist, kein geringes ist. Anstatt nun aber der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion den Dank zu übermitteln, schimpfen diese bürgerlich orientierten Leute und machen die Sozialdemokraten für den Abbau verantwortlich.

Nehmen wir einmal den Vergleich zwischen dem Lohnabbau bei den Arbeitern und Angestellten in der Privatindustrie und seinen Begleiterscheinungen und dem Abbau der Staatsangestelltengehälter und seinen Auswirkungen. Dieser Vergleich endet mit einem nicht gerade schmeichelhaften Urteil für die deutschbürgerlichen Staatsangestellten. Er zeigt: Die Arbeiter, auf sich allein und auf ihre Organisationen angewiesen, haben sich mit allen Kräften gegen den Lohnabbau gewehrt. Trotzdem mußten sie schwere wirtschaftliche Opfer bringen. Sie haben deshalb weder die Gewerkschaften noch die Partei schuldig werden lassen. Mit unerschüttertem Glauben an die Idee und den Sieg der Arbeiterklasse haben sie auch nach einer wirtschaftlichen Niederlage für die Sozialdemokratie, ihre Presse und die Gewerkschaften weiter gewirkt und agitiert. Das zeugt von Einsicht und politischer Reife.

Den Staatsangestellten ist trotz den energischen Anstrengungen unserer Parlamentsfraktion, trotz dem Widerstand der sozialdemokratischen Presse ein sozial abgestufter Gehaltsabbau zuteil geworden. Niemand wird ernsthaft behaupten können, daß die Sozialdemokraten nicht alles getan hätten, um die Angestellten zu schützen. Nach diesen Wochen aufregender Arbeit der Sozialdemokraten, zu siebzehn Prozent für Angestellte, die im gegnerischen Lager stehen, wird ihnen statt der wohlverdienten Anerkennung Schimpf, Hohn, Verdrehung, Verleumdung, noch bevor der Abbau Gesetz geworden ist, in einer Zeit, da 600.000 hungern. Drohung über „kommende Abrechnung“, „politische Vergeltung“ gegen

unsere Partei werden laut. Das wagen Leute, die unserer Partei noch nie ihre Stimmen gaben, die nie unsere Presse lasen und unterstützen, Leute, die immer unsere Gegner waren und draußen in Stadt und besonders auf dem Lande, unsern Arbeitern in Gemeinde und im politischen Leben überhaupt, die größten Schwierigkeiten bereiten, die überall als Funktionäre der Hakenkreuzler und der christlichsozialen Partei zu finden sind. Ihr Urteil, das mögen sie sich einmal mit aller Deutlich-

**War Baierte betrunken?**

**Neue Zeugenansagen im Stříbrný-Prozess.**

Iglau, 21. Dezember. Die heutige Verhandlung begann erst um 11 Uhr, da mit dem Prager Schnellzug vier Zeugen eintrafen. Gustav Pleš, welcher abermals als Zeuge vernommen wird, erinnert sich an seinem Chauffeur Baierte, von dem er erklärt, er sei im Verdachte gewesen, mit dem Heizer Capel zwei Kisten Wein im Betrage von 3000 K gestohlen zu haben. Der Wein wurde in seiner Garage eingelagert. Pleš habe den Chauffeur deshalb auf die Stunde entlassen, zu Gericht sei die Sache jedoch nicht gekommen, da sich der Chauffeur verpflichtet, den Schaden zu bezahlen. Ueber die Behauptung, daß Stříbrný und Sirovský im Wagen Plešs gefahren wären, erklärt Zeuge, dies sei ausgeschlossen, da Stříbrný nur in seinem Wagen fuhr. Auf die Bemerkung des Vorsitzenden, Stříbrný habe zugegeben, er könnte mit Plešs Wagen gefahren sein, antwortet Zeuge, er erachte dies als ausgeschlossen. Darüber, daß Sirovský mit Stříbrný gefahren und der Pförtner Rozum begrüßt hätte: „Poffona, pane Sirovský“ (ergebener Diener, Herr Sirovský) erklärt Pleš, sein Pförtner grüße nur mit den Worten „ruka libám, mlíost-pane“ (Kuh die Hand, gnädiger Herr). Zeuge weiß ebenfalls nicht, daß Stříbrný jemals mit dem Juge gefahren wäre. Die Aussagen Baiertes erklärt Pleš als Märchen und fügt hinzu, er habe ihn wegen Trunkenheit entlassen wollen. Dazu konstatiert der Vorsitzende Stříbrný, Baierte habe erklärt, er trinke überhaupt keinen Alkohol. Weiter sagt Pleš, der Chauffeur hätte in das Kaffeehaus des Hotels de Saxe durch das Küchenfenster nicht hineingehen können, denn vor diesem Fenster stand immer eine spanische Wand.

Bei der Konfrontierung Plešs mit Baierte beharrte letzterer auf seine ursprüngliche Aussage. Baierte erklärte wiederholt, er habe den Diebstahl nicht begangen, Wein nicht getrunken und sei niemals betrunken gewesen. In den übrigen Punkten beharrt er auf seiner gestrigen Aussage.

Zeuge Rozum erklärt, Sirovský im Saretó niemals gesehen zu haben; Stříbrný sei im Auto Plešs nicht gefahren und von einer gemeinsamen Fahrt der beiden zum Wilsonsdorfer Hofe er nichts. Den Ausspruch „poffona, pane Sirovský“ habe er niemals getan, den Gästen pflege er zu sagen „ruka libám, mlíost-pane“. Bei der Konfrontation mit Baierte beharren beide auf ihren Behauptungen.

Gastgeber Franz Junger aus Prag erinnert sich an Baierte und könne nicht sagen, daß sich dieser betrunken hätte. Im Café habe sich dieser nur schwarzen Kaffee bestellt. Die Mutter des Zeugen habe sich jedoch gestern erinnert, daß sich Baierte einmal auf der Zug betrunken habe. Als die Eltern Jungers einmal in Karlsbad weilten, unternehmen sie einen Ausflug nach dem Reibberg, wo Baierte fotografierte und ein Bild dem Zeugen schenkte. Dieses Bild legt Zeuge dem Gericht vor. Unter Erregung prüft das Gericht das Bild, auf dem sich neben Junger, sehr schwer erkenntlich fol-

leit sagen lassen, schüchtern und in keiner Weise ein, es zeugt nur von Unreife in politischer Beziehung und noch mehr von gehässigem Geist kleinlicher Spießer! Bezähen sie Einsicht, sie würden anders denken und handeln und den Schuldigen, an dem, worüber sie jetzt klagen, dort suchen, wo er zu finden ist: bei der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und nicht zuletzt bei sich selbst, da sie immer dabei geholfen haben, durch ihre Anhängererschaft bei bürgerlichen Parteien diese Ordnung zu stützen!

gende Personen befinden: Frau Junger, Renzil, Junger, Hausner und ein unbekannter Herr. Junger erklärt, Stříbrný sei nicht auf dem Bild, und seine Mutter habe erklärt, daß Stříbrný niemals mit ihnen gewesen sei.

Dr. Rašín fragte sodann den Zeugen nach jenem unbekanntem Person auf dem Bild, doch kann Junger nicht einmal mit dem Vergrößerungsglas diese Person erkennen und meint, es könnte dies Herr Sirovský oder Herr Sadek oder Herr Božič-hovský sein.

Bei der Konfrontierung verbarst Baierte auf seiner bisherigen Aussage und erklärt, daß die vorgelegte Photographie tatsächlich von ihm hergestellt wurde. Ueber die Person neben Frau Junger erklärt er, daß dies Stříbrný sei. Demgegenüber stellt Junger fest, daß dies Herr Renzil sei. Ueber die Richtigkeit seit des Datums konnte keine Einigung erzielt werden. Nun betrachtet auch Baierte mit dem Vergrößerungsglas das Bild, erkennt das Ehepaar Junger und Hausner, jedoch nicht die unbekanntem Person. Weiters erklärt Baierte, daß er vorher in Marienbad gewesen sei und dort Stříbrný gesehen habe. Demgegenüber erklärt Stříbrný, daß er geimael auf dem Reibberg war, und zwar einmal mit dem Ehepaar Sazl und des anderen mit Svehla. In Marienbad war er gleichfalls, jedoch nicht in dieser Gesellschaft.

Auf die Frage des Staatsanwaltes Dr. Marjanko erklärt Baierte, daß im Jahre 1930, als er mit seinem Wagen Prag besuchte, ihn Pleš zur Befichtigung seiner neuen Villa in Ilavice eingeladen habe, wohin er auch gefahren und mit Pleš zwei Stunden verbracht habe. Pleš gibt dies zu, worauf Baierte meint, eine so geachtete Familie wie die Plešs würde ihn, falls er tatsächlich so des Diebstahles verdächtig gewesen wäre, wie dies heute vormittags behauptet wurde, niemals in die Wohnung geladen haben.

Ministerialrat Dr. J. Kratoch vom Verpflegungsministerium, sagt aus, in den Jahren 1924-25 ins Café Hotel de Saxe gegangen zu sein, wo er mit Stříbrný an einem rezeviereren Tisch zu sitzen pflegte. An den Chauffeur Baierte konnte er sich erinnern und zwar, daß dieser ihn mit der Jagdgewehr Stříbrnýs zum Bahnhof und auf die Jagden geführt habe. Sirovský habe er im Café des Hotels niemals gesehen und er glaubt, diesen heute beim Gericht zum erstenmal zu sehen.

Bei der Konfrontation des Ministerialrates Dr. Kratoch mit Baierte beharrt letzterer auf seinen ursprünglichen Behauptungen und erinnert sich, daß er einmal vor Jahren Dr. Kratoch geistlich früh zum Bahnhof geführt habe, was Dr. Kratoch bestätigt.

Aus dem Protokoll Dr. Oberthors wurde festgestellt, daß Dr. Oberthor Stříbrný niemals in der Umgebung Sirovskýs gesehen hat. Der Vorsitzende konstatiert, daß Dr. Oberthor nicht neuerlich zur Genugenschaft nach Iglau kommen könne und ein ärztliches Zeugnis über eine Operation eingeschickt hat.

Zeuge Baierte sagt aus, daß er Dr. Oberthor gut gekannt hat und ihn im Kaffeehaus des Hotels de Saxe etwa fünf- bis sechsmal gesehen habe. Staatsanwalt Dr. Marjanko beantragte hier-

auf, von der Polizei die Akten über den Diebstahl bei Pleš anzufordern und bei der Krankenversicherungsanstalt festzustellen, wann und wo Baierte angestellt war. Der Verteidiger Dr. Rašín beantragt, daß mit dem Zeugen Baierte ein Protokoll aufgenommen und ihm zur Unterschrift gegeben werde, da der Verdacht einer solchen Zeugen-schaft am Tage ist. Ferner beantragt Dr. Rašín gegen die Aussage Baiertes sieben neue Zeugen. Der Vorsitzende hält es vorläufig nicht für notwendig, daß mit Baierte ein Protokoll aufgenommen werde und entläßt ihn.

Darauf wurden die eingelangten Akten der Polizeidirektion in Prag betreffend den Diebstahl bei Ingenieur Fischer am 5. Jänner 1921 vorgelesen. In den Akten heißt es, daß die Anzeige gegen unbekanntem Täter erstattet wurde.

Schließlich übermittelte die Iglauer Filiale der Anglobank ein Schreiben über das Konto Sirovskýs vom 11. Jänner 1922 bei Bankier Juchš, wo vorläufig an Sirovský Saluten im Werte von 332.332 K übermies. Die Hälfte hiervon sollte Sirovský als Vadium beim Kauf der bekannten Häuser demühen.

Der Landesausschuß für Böhmen verhandelte in seiner Sitzung vom 21. Dezember eine Reihe laufender Angelegenheiten, 246 Gemeindevorschläge und bewilligte 46 Gemeinden die Erhebung verschiedener Steuern und Abgaben. Außerdem bewilligte der Landesausschuß Landesbeiträge für Regulierungs- und Meliorationsarbeiten in der Höhe von 146.000 K, zum Bau von Volksschulen 1.960.000 K, zum Bau von Fortbildungsgewerbeschulen 200.000 K, für wissenschaftliche, kulturelle und künstlerische Zwecke 1.000.000 K und für verschiedene landwirtschaftliche Zwecke 428.000 K.

Neuer Abgeordneter. An Stelle des kommunistischen Abgeordneten Barša, der infolge einer gerichtlichen Beurteilung vom Wahlgericht des Mandates für verlustig erklärt wurde, hat das Innenministerium als seinen Nachfolger den Kleinlandwirt Anton Stourač aus Pivonice berufen.

Die Autotransportunternehmer aus Nordostmähren und Schlesien veranfaßten heute nachmittags im Saal der Rathhausrestauration in Mähr.-Odrau eine Protestversammlung gegen den Gesetzentwurf über die Regelung des Automobilverkehrs, gegen die Verteuerung der Betriebsstoffe und für eine entsprechende Regelung des Automobilgesetzes. Gegen 300 Autos verschiedener Art bildeten auf dem Marktplatz und vor dem Rathaus und in den anliegenden Straßen die Fahrbahn. Nach den Referaten wurde eine Resolution angenommen.

Revolutionärer Klassenkampf im „Prager Tagblatt“. Die Moskauer Parteipäpste der kommunistischen Internationale lassen sich die Reklame etwas kosten. Da geben sie in vier Sprachen eine Zeitschrift heraus, die einmal im Monat erscheint und jährlich 5 Dollar, d. i. etwa 170 Kronen, kostet. Eine einzelne Nummer kommt somit auf 14 Kronen zu stehen und dürfte daher zweifellos von allen kommunistischen Parteimitgliedern abonniert werden. Es scheint aber, daß diese Zeitschrift weniger für Arbeiter, als viel mehr für andere Kreise bestimmt ist. Zumindesl läßt ein im Auftrag der russischen Handelsvertretung im „Prager Tagblatt“ vom 15. d. M. erschienenen Inserat darauf schließen. Ausgerechnet durch das Organ der Bank- und Industriekapitalisten sucht die russische Handelsvertretung Abnehmer dieser kostspieligen Zeitung und übergeht dabei bemerkenswerterweise die ganze kommunistische Presse. Was sagen dazu die kommunistischen Arbeiter?

**Die Kellnerin Molly.**

Roman von Hans Otto Henel.

Copyright by Fackelteller-Verlag Berlin. Nachdruck verboten.

**Wespeich als Motto:**  
„Ein Roman. Spiel der erfindungsreichen Phantasie.“  
„Wein. Zustände der erblindungsbedingten Wirklichkeit. gewürfelt zu einem Schicksal.“  
„Jetzt weiß ich, warum mir das alles so bekannt vorkommt. Das und das und das stand ja schon in den Morgenzeitungen.“  
„Aber am Abend hatten Sie es schon vergessen.“

**Die Polizei bleibt nicht untätig, wenn ein Bademeister sich Gedanken darüber macht, ob die Frauen dumm sind.**

Kriminalwachtmeister Pubike legte seinen Spazierstock wie einen gezogenen Offiziersädeln mit der Spitze an die rechte Schulter und führte zwei uniformierte Polizisten durch den Stadtpark. Er sprach wenig und nur flüsternd, wie der Jäger beim Anschleichen des Wildes. Es hätte aber nicht das mindeste Aufsehen erregt, wenn die Beamten den kürzeren Weg durch die Gassen und Straßen benutzt hätten, denn um diese frühe Morgenstunde ließ sich noch kein Mensch blicken. Es war schon dämmerungsbell, so daß man den eingefriedigten Weg, die nackten Büsche und Bäume, die nassen Bänke und verrosteten Laternen sehr gut unterscheiden konnte. Trotzdem beachteten die drei nicht die trodenen Stellen des Weges, sondern schritten unbekümmert durch die Pfützen und Reste des Märzschnees. Eine Gerabheit, die sie als Rekruten gelernt, als Unteroffiziere den neuen Rekruten eingeschulien und später im Beamtenstande als wertvolle Errungenschaft militärischer Erziehung beibehalten hatten.

Punkt sechs Uhr läutete der Wachtmeister an einem zweistöckigen Hause in der Hindenburgstraße. Ehe das Haus aus der Verschlossenheit erwachte, hatten die Polizisten genügend Zeit, es genau zu beachten. Da stand über die ganze Frontbreite hinweg in großen Buchstaben:

„Zum S e d a n b a d“  
und darunter kleiner: Frische und römische Schwibbäder, Dampfbäder und Brausebäder. Als Besucher gab sich Wilhelm Brodeder an. Ein kleines Porzellanbild neben der Haustüre besagte, daß auch die „Agentur für Dängemittel von Goethilf Ballert“ im Hause anständig ist.

Auf das Läuten des Polizisten erschien im zweiten Stockwerk ein rötlicher Germanenbart im Fenster, viel zu wild für die kleine Stumpfnase und die noch verschlafenen, sonst aber sichtlich freundlichen Augen. Der Värtige verbarre eine ganze Weile in wortlosem Schrecken, als er den Befehl des Wachtmeisters vernahm: „Öffnen Sie der Polizei!“

Die Hausfuchung der drei Polizisten bei dem Badeanstaltsbesitzer Wilhelm Brodeder dauerte ungefähr eine Stunde. Frau Brodeder, ohnehin fassungslös, mußte in Nachhade und mit aufgeloßtem Zopf zusehen, wie man selbst vor den noch warmen Betten des Ehepaares nicht zurückschreckte. Beschlagnahmt wurden ein Viertelzener Papier und Photographien, ausschließlich dem Schreibtisch entnommen, sämtlich in beschrifteten Mappen sorgfältig geordnet.

Brodeder, in Babuschken und mit herunterhängenden Hosenträgern, fragte den Kriminalwachtmeister nach dem Grund der Hausfuchung. Die Tränen standen ihm in den Augen.

„Hält man mich für einen politischen Verbrecher? Für einen Kommunisten? Wie kann man so gegen einen Bürger vorgehen, der seit zwanzig Jahren in Schneidewald anständig ist? Wollen die Herren vom Finanzamt behaupten, daß die Steuererschöpfung nicht richtig ist, die ich ihnen gestern vorgelegt habe?“

Mehr als die in Verzweiflung geschwungenen Räufe des Mannes rührten den Wachtmeister die hemmungslosen Tränen der aufgeregten Frau. Er überlegte. Eine Auskunftserteilung war im Hausfuchungsbefehle zwar nicht vorgeschrieben, sie war aber auch nicht ausdrücklich verboten. Sein Auftrag, schon durchgeführt, konnte keinen Schaden mehr erleiden, wenn er nun ein erklärendes Wort verlauten ließ. Zudem kannte er den Badeanstaltsbesitzer gut, denn bei ihm pflegte er seine drei oder vier Bäder im Jahre zu nehmen.

Natürlich spreche ich jetzt nicht dienstlich, und darum dürfen Sie nichts gehört haben! Also da ist Ihr Hauswirt, der Herr Agenturbesitzer Ballert. Der hat Sie bei der Staatsanwaltschaft angezeigt. Wegen gewerdbmäßiger Unfittlichkeit! Das habe ich aus dem Munde des Herrn Staatsanwalts Schneise selbst gehört. Weil ich Sie kenne, hätte ich gern nicht geglaubt, aber Schnaps ist Schnaps und Dienst ist Dienst. Da gibts keine zivilen Ansichten. Und das ist gut so, denn nach dem beschlagnahmten Zeug hier — na, Sie sollten sich schämen, unter uns gefogt, denn Sie sind ein alter Mann. Zuchthausstrafe steht drauf, das sage ich Ihnen. Zuchthausstrafe!“

Die Nennung des Namen Ballert gab dem Denken des Bademeisters endlich eine Richtung. Schlicht sagte er: „Aha, der Ballert — der Lump!“

Diese Beschimpfung eines angesehenen Bürgers und Stadtverordneten machte auf die Polizisten keinen günstigen Eindruck. Brodeder bemerkte das und beeilte sich, sein Urteil zu begründen.

Während des Krieges war Ballert, der Hauswirt des Badeanstaltsbesitzers, froh gewesen, als ihm sein Mieter noch zwei Räume abnahm, die der Vergrößerung des Bades dienen sollten. Aber nach Kriegsende und mehr noch in der Inflationzeit, als Ballerts Agentur unerwartet aufblühte, hätte er diese Räume zur Ver-

größerung des eigenen Kontors gern zurückgehabt. Brodeder weigerte sich, von dem Mietvertrage zurückzutreten, denn er hätte dadurch sich selbst geschädigt. Die daraufhin ausgeprochene Kündigung blieb wirkungslos, denn die Mietzwangsgesetze der Notzeit waren noch gültig.

Brodeder versuchte den Beamten zu überzeugen, daß Ballerts Anzeige nichts als ein Nachhack sei, eine Denunziation, unternommen mit dem Ziele, wieder das unbeschränkte Verfügungrecht über die an Brodeder vermieteten Räume zu erlangen.

Der Beamte zustie mit den Achseln und meinte, er würde das Herrn Brodeder zuliebe gern glauben, wenn die Hausfuchung nicht leider einen so bedenklichen Erfolg gehabt hätte. Er wies auf den beschlagnahmten Paden. Dagegen sei nichts zu machen, und man müsse die Aufklärung der gerichtlichen Voruntersuchung überlassen, die zweifellos beschleunigt durchgeführt werde.

Brodeders blieben ohne Trost allein. Der Wachtmeister ließ die beschlagnahmten Handschriften und Photographien von den Polizisten zum Landgericht tragen. Hier besichtigten die Justizschreiber das Zeug mit nicht alltäglichen Vergnügen. Brodeder ahnte nicht, wie müheles seine Papiere zu fastigen Späßen und starken Joten anregten.

Am Abend des gleichen Tages waren die 23.000 Einwohner der Kreisstadt Schneidewald überzeugt, Wilhelm Brodeder, der so höfliche alte Herr mit dem ersten Vollbart und dem freundlichen Gesicht sei ein Sittlichkeitsverbrecher, der sich mit Abtreiben und Engelmachen ein Vermögen erworben habe. Manche hielten ihn sogar für den dreifachen Lustmörder, der seit einigen Wochen von Breslau aus vergebens gesucht wurde. Sicherlich war an diesem Tage seine Frau der einzige Mensch in Schneidewald, der Brodeders Schuldlosigkeit nicht anzweifelte.

(Fortsetzung folgt.)



### Abgeordnetenhause. Sparkommission und Budgetprovisorium annehmen.

Prog. 21. Dezember. Im Abgeordnetenhause zog sich die gestern abends angeknüpfte gemeinsame Debatte über die Sparkommission und das Budgetprovisorium noch den ganzen Tag über bis in die Abendstunden fort. Nicht weniger als dreizehn Redner wechselten einander auf der Rednertribüne ab, darunter allerdings zumeist Angehörige der Opposition.

Von deutscher Seite erging sich Kallina in düsteren Prophezeiungen über die Zukunft und erklärte, am Militärbudget sei zu wenig getrieben worden, ob wohl die Deutschnationalen im Reichstag dieselbe Faltung aus dem Reichsbudget gegenüber einnehmen?!. Herr Genet (Nat.-Soz.) gab hochtönende Theorien über Währungsfragen von sich, während Dr. Sacher (ABG.) gegen den angeblichen Ausschluß der Opposition aus dem engeren Sparausschuß und aus den Budgetberatungen protestierte und für die Fertigstellung des Ministerverantwortlichkeitsgesetzes eintrat. Gläsel und Hanreich beschäftigten sich vornehmlich mit landwirtschaftlichen und Steuerfragen.

Von tschechischer Seite wäre die Rede des Genossen Dr. Marek zu erwähnen, der es bedauerte, daß die Kompetenz der Kommission nicht auch auf alle vom Staat in irgendwelcher Form subventionierten Unternehmungen ausgedehnt worden sei. Es mache einen ungünstigen Eindruck, daß bisher gar nicht die eigentlichen Gründe erörtert wurden, warum das erste Gesetz über die Sparkommission vom Jahre 1921 nicht durchgeführt wurde und warum ein neues Gesetz geschaffen werden mußte.

Als die Kommunisten beim Schlusswort des Dr. Stranisky wieder zu kraxellieren anfingen, erklärte Stranisky,

die kommunistische Partei bedeute in diesem Hause keine Opposition, sondern lediglich ein akustisches Hindernis!

Er erklärt, daß in der Sparkommission die Opposition nach ihrer Stärke vertreten sein wird. Es sei weder unlogisch noch ungerecht, wenn dieser Ausschuß sich mit Mehrheit eine engere Kommission wähle. Von der Kontrollfunktion sei die Opposition keineswegs ausgeschlossen; sie erhalte im Gegenteil dadurch eine neue Waffe.

Nach dem Schlusswort des Referenten Teplanisty zum Budgetprovisorium wurden dann beide Vorlagen in beiden Lesungen angenommen. Zum Budgetprovisorium hatten die Kommunisten sogar Uebergang zur Tagesordnung beantragt. Wie der Staat dann ab 1. Jänner hätte wirtschaften sollen, darüber zerbrachen sich die Herrschaften augenscheinlich nicht den Kopf.

Dem Verfassungsausschuß wurde die Frist zur Behandlung des Steuerstrafgesetzes bis 15. Jänner verlängert.

In der morgigen Sitzung, voraussichtlich der letzten vor Weihnachten, soll die Kasakstenernovelle verabschiedet werden. Dann dürfte das Haus wieder am 28. Dezember zur Verabschiedung des Autobusgesetzes zusammentreten, das der Senat erst morgen erledigen wird.

### Die Nebenbezüge der Eisenbahner.

Wie die hohe Bürokratie gegen den Siebenerausschuß intrigiert.

Prog. 21. Dezember. Aus einem in der Vorwoche veröffentlichten Protest der koalitierten Eisenbahnerorganisationen ging hervor, daß die hohen Bürokraten im Eisenbahnministerium zum 1. Jänner 1933 die Nebenbezüge des Lokomotiv-, Zugbegleitungs- und Stationspersonals um 25 Prozent herabsetzen und auch die außerordentlichen Zulagen, Gnadenpensionen usw. kürzen wollen. Durch diese Kürzung der Entlohnung für die Sonntags- und Ueberzeitarbeit sowie für die Verpflegung außerhalb des Domizils würden die Eisenbahner schwer getroffen. Auf die Proteste der Eisenbahner erklärten die Herrschaften im Eisenbahnministerium abschließend, daß das Ministerium den Antrag zur Kürzung dieser Nebenbezüge von dem Budgetsiebenerausschuß erhalten habe, der wieder von der Regierung mit der Durchführung energischer Kürzungen im Budget betraut worden war.

In der heutigen Parlamentsdebatte über die Sparkommission reagierte nun eines der Mitglieder des Siebenerausschusses, der tschechische Nationalsozialist Bergman, sehr energisch auf diese Anwürfe. Er erklärte mit aller Entschiedenheit:

daß der Ausschuß bei seinem Vorschlag auf Kürzung der Diäten vor allem an Reiselgeher und Diäten für überflüssige Kommissionen u. dgl. gedacht habe. Die Bürokraten in den Ämtern hätten die Sache jedoch einfach auf den Kopf gestellt: Statt an überflüssigen Kommissionen, wollten sie an den Dienstzulagen des untergeordneten Personals sparen. Das sei keineswegs in der Absicht des Siebenerausschusses gelegen, sondern die Herrschaften hätten sich das nur so ausgelegt, um die Tätigkeit des Ausschusses unpopulär zu machen.

Er müsse gegen dieses Vorgehen gewisser Bürokraten ganz entschieden protestieren. Der Ausschuß werde dafür sorgen, daß diese Herrschaften endlich begreifen, was der Ausschuß mit dieser Sparmaßnahme beabsichtigt hat. (Beifall.) Man müsse sie dazu erziehen, daß sie erst lernen, mit jedem Nagel zu sparen. Wenn sie dazu kein Talent besäßen, so werde das nur zu ihrem Schaden sein. Gegenüber einem bösen Willen werde man vielleicht noch hartnäckig Mittel und Wege finden, um ihn zu brechen! Schon daraus lasse sich ersehen, mit welchen Hindernissen und Schwierigkeiten leitens der hohen Bürokratie erst die neue Sparkommission zu kämpfen haben werde.

## Die deutschen Landbündler als offene Feinde der Kleinbauern und Häusler.

### Gegen die Demokratisierung der Landeskulturräte und des Jagdrechtes, gegen einen gerechten Pächterschuß.

Die Landbündler spielen sich mit Vorliebe als die berufenen Vertreter der Kleinlandwirte und Häusler auf.

In Parlamentsreden, Zeitungsartikeln, speziell aber in Wahlzeiten trafen sie über von Verteuerungen, daß ihnen das Wohl der Kleinlandwirte und Häusler über alles gehe. Wie sieht es aber in der rauhen Wirklichkeit damit aus?

Zu den wichtigsten Forderungen der selbstständig organisierten Kleinbauern und Häusler gehört die Forderung nach Demokratisierung der Landeskulturräte, d. h. Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts für diese landwirtschaftlichen Körperschaften. Wie stellen sich nun die „berufenen Vertreter“ der Kleinbauern zu dieser für jeden fortschrittlich denkenden Menschen selbstverständlichen Forderung, die in anderen Ländern längst verwirklicht ist?

In der Ausschlußsitzung der Deutschen Sektion des Landeskulturrates für Böhmen vom 9. Dez. 1932 wurde vom Präsidenten Abg. Franz Windirsch ein ausführlicher Bericht über Tagesfragen der Landwirtschaft erstattet, der ganz und gar im agrar kapitalistischen Sinne gehalten war. In Heftgedruckt die „Deutsche Landpost“ die nachfolgende Stelle der Rede hervor, die sich auf die so notwendige Reform der Landeskulturräte bezieht:

„Von Interesse ist, daß unter den Vorschlägen, die zur Vereinfachung der Landwirtschaft gemacht werden, sich auch die Forderung nach der sogenannten Demokratisierung der Landeskulturräte befindet, das heißt, es sollen die Landeskulturräte, auf deren Boden bisher für die Landwirtschaft eine stets sachliche, unparteiliche Arbeit geleistet wurde, namentlich zum Betätigungsfeld politischer Parteien gemacht werden. Vernünftigen Erwägungen entsprechend sollen in den Landeskulturräten jedoch nur die Vertreter der Landwirtschaft bestimmen sein, um in gemeinsamer Arbeit die für die Landwirtschaft notwendigen Ziele festzusetzen und zu erreichen. Die Ausdehnung politischer Einflüsse auf die Landeskulturräte würde die bisherige erspriechliche Tätigkeit zum Nachteil der Landwirtschaft junichte machen. Das Schicksal der Landeskulturräte müßte dann ähnlich werden dem mancher sozialer Einrichtungen, in denen politische Einflüsse zum Nachteil ihrer Zweckbestimmung die Oberhand gewonnen haben. Dazu sollen und dürfen die Landeskulturräte nie mißbraucht werden.“

Schnoddriger kann wohl nicht mehr unter Anwendung falscher Behauptungen ein elementares Grundrecht der übergroßen Mehrheit der Landwirte behandelt werden, wie es hier von Seite des Abg. Windirsch, seines Reichens Hochschuldirektor, geschieht. Wem will damit der Herr Präsident einreden, daß im Landeskulturrat bisher eine „stets sachliche unparteiliche Arbeit“ geleistet wurde? Er und seine politischen Freunde sind ausgerechnet im Landeskulturrat keine Politiker, sondern lediglich „unparteiliche“ Fachleute! Welche Ruh laßt nicht darüber? Nur

dann würde der Landeskulturrat politisiert werden, wenn an Stelle der Grünen eine Anzahl — Note dort ihren Einzug hielten! Man merkt die plumpe Absicht und wird ob solcher Zolpatschheit nicht verstimmt. Ebenso lächerlich ist die Behauptung des Abg. Böhm in besagter Sitzung, daß „80 Prozent der Kleinlandwirte im Wege der Bezirksdelegiertenwahl durch die landwirtschaftlichen Vereine im Landeskulturrat vertreten sind.“ Jeder, der die Verhältnisse kennt, weiß, daß an den indirekten Wahlen in die Landeskulturräte nur ein Bruchteil der Landwirte teilnimmt und das ganze eine tolle Farce auf die Gleichberechtigung aller Landwirte ist.

Angelehnt an die absolute Feindseligkeit der Agrarier gegen die Forderung, den Kleinbauern das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht in die Landeskulturräte zuzugestehen, muß diesen sogenannten Anwälten der Kleinlandwirte der schärfste Kampf angefocht werden. Die grünen Herrschaften müssen trotz ihrer „Unparteilichkeit“ viel Angst um ihre „berufene“ Führung der Landwirtschaft haben. Wir verstehen es sehr gut, warum sie sich nicht in die Karten gucken lassen wollen. Ihr Sträuben wird ihnen allerdings nichts nützen: nun erst recht, heißt für uns die Parole.

Ebenso in bezug auf die zweite von den „unparteilichen“ Landbündlern in der erwähnten Sitzung bekämpfte Forderung der organisierten Kleinbauern und Häusler: Das Pächterschutzgesetz. Herr Prodl, Präsident des Zentralverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften trat dafür ein, daß im Kleinpächterschutzgesetz jener Betrag als Pacht schilling festgesetzt werden soll, welchen die Steuerbehörde als Reinertrag per Hektar annimmt. Diese Forderung und das vom Abg. Böhm gestellte Verlangen, daß für den Pächter eine dreiprozentige Bodenteile gesichert werden müßte, bedeuten für die armen Kleinpächter schlimme Härten, für die Pächter jedoch ausgesprochene Vorteile. Nicht mehr der durchschnittliche Wert des Ertrages soll den Pachtpreis bestimmen, wie es richtigerweise in den früheren Pächterschutzgesetzen vorgesehen war, sondern irgendein willkürlich festgesetzter Grundstückswert soll maßgebend sein. Der für die Pächter schädliche Unterschied liegt auf der Hand.

Wenn hiezu noch erwähnt wird, daß Abg. Böhm, ein großer Jäger vor dem Herrn, auch eine dritte Forderung der organisierten Kleinlandwirte und Häusler — Demokratisierung des Jagdrechtes — schroff abgelehnt hat, weil angeblich dadurch die „Entrechtung des Grundbesitzes betrieben wird“, so rundet sich sehr schön das Bild von der unansprechlichen Liebe der „Reiter“ der Kleinbauern zu ihren „Schützlingen“.

Es ist die kurzschichtigste, engstirnigste Politik der Dorfpöbel, die da zum Vorschein kommt. Die so wähen, noch in der Zeit vor 50 Jahren zu leben, alles beherrschen und ausbeuten, alle Vorteile für sich dauernd sichern zu können. Die Herrschaften irren sich, darauf können sie ruhig Gift nehmen.

### Südslawisch-italienische Auseinandersetzung.

Belgrad, 21. Dezember. In Beantwortung der Interpellation der Senatoren Mojstrowic, Trnawstic und Genossen erklärte Minister des Äußerer Justiz in der heutigen Sitzung des Senats, daß die Antwort des italienischen Regierungschefs auf die Interpellation der italienischen Senatoren über angebliche „Waisenfälle und Bandenkämpfe“ auf den Inseln Arz (Arbe) und Tragir (Traun) die jugoslawische Regierung überreicht und in ganz Jugoslawien einen peinlichen Eindruck hervorgerufen habe. Die jugoslawische Regierung habe sich stets bemüht, alles zu verhindern, was der Politik und den guten und freundlichen Beziehungen hindernd sein könnte. Der Fall des Italieners Carlo Luzina ist völlig aufgeklärt. Luzina wurde mit dem Jugoslawen Bogice in einer nördlichen Wirtschaftskolonie; in der Nacht vom 25. zum 26. August d. J. verwundet und am 8. November aus dem Spital als geheilt entlassen. Derselbe Luzina war nach einem Fußballspiel und nach dem Besuch einer Tanzunterhaltung am 4. ds. plötzlich erkrankt und starb am 5. ds. Die über Verfügung der jugoslawischen Behörden vorgenommene Obduktion ergab, daß Luzina durch eine Verletzung während des Fußballspieles einen linksseitigen Brustbruch erlitten hatte, welche den Tod zur Folge hatte. Die am 26. August erlittene Messerverletzung war vollkommen verheilt.

Die Untat, u. zw. in der Nacht vom ersten zum zweiten Dezember von Unbekannten erfolgte Beschädigung der Reliefs venezianischer Steinlöwen ist zu verurteilen und zu bedauern. Durch die Untat wurde jedoch weder ein moralisches noch ein materielles Interesse Italiens verletzt, welche eine Veranlassung zu irgendeinem diplomatischen Protest hätte geben können.

Die jugoslawische Regierung muß tief bedauern, daß es von Seiten der italienischen Senatoren zu derart unvorsichtigen und schweren Worten gekommen ist, welche vereinzelt und eine zu verurteilende Neuerung in den internationalen Beziehungen bleiben werden.

### Unser neuer Roman.

Das Leben, Lieben und Sterben eines Proletariermädchens schildert unser neuer Roman

#### „Die Kellnerin Molly“ \*)

Der Hans Otto Henel, einen schon bekannten proletarischen Dichter, zum Verfasser hat. Das Schicksal, das die Kellnerin Molly erleidet, ist nicht ein Einzelschicksal; aber der Dichter unternimmt es, uns dieses Schicksal auf den Hintergrund der gegenwärtigen Gesellschaft zu malen. Er hält ihr einen Spiegel vor, in dem sie trotz ihrer kulturellen Schminke ihr wahres Antlitz, ihre schamlose Frage erblickt. Die Kellnerin Molly erleidet das Dasein der einsamen Schutzlosen; jener Armen, die, durch die Taten verbrecherischer Erzieher und Jugendhüter mit Mißtrauen gegen ihre Umwelt erfüllt, der sie sich doch nicht entziehen können, den Weg zur Gemeinschaft nicht finden und so zugrundegehen. Den Lebenswillen des Mädchens, ihren Willen zum Guten, zur Selbsterlösung aus würdelosem Dasein und ihr Abtauchen in die tiefsten Tiefen, das die Bürgermoral verschuldet, weil sie Sünderböde braucht — dies alles schildert Hans Otto Henel meisterhaft, nein, läßt er uns mitleiden, um uns zu erschüttern und zu läutern.

\*) Hans Otto Henel: Die Kellnerin Molly ist im Fackelreiter-Verlag erschienen, der auf ein zehnjähriges verdienstvolles Wirken im Kampf um Frieden und Fortschritt zurückblicken kann. Das Buch ist durch die Parteibuchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad, zu beziehen und darf in keiner Bucherei fehlen.

### Ehemalige Parteischüler, Achtung!

In der letzten Parteischule in Dittersbach hat Genosse Alfred Brauntal Berlin Vorträge über die Wirtschaftskrise gehalten. Der wesentliche Inhalt dieser Vorträge ist nun unter dem Titel „Die Wirtschaftskrise, Krisenursachen, Krisenverlauf, Krisenüberwindung“ erschienen. Die Schrift umfaßt 28 Seiten im Quartformat, ist sehr instruktiv und enthält auf knappem Raum die wichtigsten Daten und Zahlen zur Weltwirtschaftskrise. Die Schüler unserer im Herbst stattgefundenen Kreispartei schulen, welche die Arbeit des Genossen Brauntal haben wollen, mögen dies der Zentralstelle für das Bildungswesen, Prog. 11., Refasanke 18, beknappen. Der Preis wird 4 bis 5 K betragen.

### Weißer Zähne: Chlorodont

### Die Res'e der mandshurischen Chinesenarmee in Tomsk interniert.

Moskau, 21. Dezember. (Tsch.) Nach Meldungen der „Nowostizja“ fand zwischen dem Volkskommissar Karachan und dem Mitglied der chinesischen Delegation Panfenssi ein Abwechslungswechsel über das Schicksal der Angehörigen der früheren Armer Zupingmens statt. Karachan teilt mit, daß 2890 Militärpersonen, 1200 Zivilisten, darunter 346 Frauen und 306 Kinder auf sowjetrussisches Territorium übergingen. Die Flüchtlinge belägen keine Mittel für die Ausreise aus der Sowjetrepublik. Deshalb hält es die Sowjetrepublik als unmöglich, sie zu verpflegen und aus sowjetrussischem Gebiete abzutransportieren. Die sowjetische Regierung war daher gezwungen, die Flüchtlinge in Tomsk zu internieren. Karachan drückt die Hoffnung aus, daß die chinesische Regierung die nötigen Mittel zur Verfügung stellen wird, worauf der chinesische Vertreter erklärte, seine Regierung davon sofort in Kenntnis zu setzen.

### 25 Nazi in Haft.

Wien, 21. Dezember. Im Zusammenhang mit den sonntägigen nationalsozialistischen Exzessen auf der Mariahilfer Straße und den Gasangriffen auf das Kaufhaus Gerngroß befinden sich heute noch 26 Personen in Haft. Nur einige konnten ihr Alibi nachweisen, andere verwickelten sich in Widersprüche. Auch neue Verhaftungen wurden vorgenommen, hauptsächlich im 7. und 20. Bezirk. In 27 Wohnungen wurden Hausdurchsuchungen vorgenommen, wobei einzelne Waffen beschlagnahmt wurden.

### Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen.

Freitag:

Prog: 6.15 Gymnastik. 11.00 Schallplatten. 13.00 Vieder. 17.05 Klammst. 18.25 Deutsche Sendung: Imper: Problem der Lösung der internationalen Schulden. 19.30 Weihnachtskonzert. — Brünn: 13.30 Slowakische Vieder. 16.10 Orchesterkonzert. 18.25 Deutsche Sendung. — Berlin: 18.10 Klavierkonzert. 21.15 Bergschall. — Rühlfelder: 19.05 Löwe-Balladen. — Hamburg: 18.00 Paul lebender Dichter. 19.30 Schellenfische der Vergangenheit. — Königsberg: 18.50 Punkte Stunde. — Leipzig: 19.25 Schumann. 20.00 Bericht aus Amerika. — München: 19.25 Konzert. — Wien: 20.15 Bala Ffihoda-Konzert.

### Deutsche Sondergerichte aufgehoben.

Berlin, 21. Dezember. Die Verordnung der Reichsregierung über die Aufhebung der Sondergerichte ist heute im Reichsgesetzblatt veröffentlicht worden. Die Tätigkeit der Sondergerichte endet darnach mit dem Ablauf des 21. Dezember 1932.

### 15.000 Amnestierte!

Die neue Amnestie ist die größte seit November 1918. Eine genaue Angabe über die Zahl der Amnestierten kann noch nicht gegeben werden. In Preußen allein gibt es 15.000 Verurteilte aus politischen Gründen. Von ihnen verbüßen gegenwärtig etwa 6000 ihre Strafe. Auf das Reich ausgedehnt, erhöht sich diese Zahl auf rund 9000. Mit wenigen Ausnahmen werden sie jetzt das Gefängnis oder Zuchthaus verlassen.

Gleichzeitig kommt die Amnestie in Preußen 4—6000 Personen zugute, die wegen Vergehens aus wirtschaftlicher Not Strafen verbüßen. Im gesamten Reichsgebiet ist mit einer Amnestierung von 20.000 Personen zu rechnen. Von ihnen befinden sich etwa 10.000 in Haft. Sie werden zum großen Teil noch vor Weihnachten die Freiheit wiedererlangen.

### Winterhilfe Deutschlands erweitert.

Berlin, 21. Dezember. Die öffentliche Winterhilfe, welche die Reichsregierung am 21. Dezember 1932 beschlossen hat, erweitert die bisherige in der Zeitdauer und dem Umfang der Leistungen und im Personenkreis. Sie wird für die drei Monate Januar bis März gewährt, verbilligt den Erwerb von Lebensmittel und Brennstoffen, vor allem aber dehnt sie den Personenkreis erheblich aus.



# Tagesneuigkeiten

## Raubmord bei Kaschau.

Unweit der Gemeinde Tornal wurde im Walde der Landwirt Andreas Timar aus der Gemeinde Berecka ermordet aufgefunden. Der Kopf war mit einer Hacke zertrümmert worden. Es scheint, daß es sich um einen Raubmord handelt, da von Timar bekannt war, daß er stets einen größeren Geldbetrag bei sich zu tragen pflegte. Ein Raschkeil scheint nicht vorzuliegen, da Timar keine Gegner besaß.

## Zuchthausurteil wegen einer Frau.

### Wegen Spionage.

Kaschau, 21. Dezember. Der Strafsenat des Kreisgerichts in Kaschau verurteilte heute die 57jährige Anna Sabrill aus Sedowce zu drei Jahren und zwei Monaten Zuchthaus, und zwar wegen Spionage, die sie zugunsten Ungarns vom Jahre 1925 bis zu ihrer Verhaftung, die am 9. März 1932 erfolgte, betrieben hat. Die Sabrill legte Berufung ein. Aus dem Reisepaß der Sabrill geht hervor, daß sie vom 6. Juni 1922 bis Ende 1931 insgesamt 11mal in Ungarn war. Einige Jungen bestätigten, daß die Sabrill sich mehrmals ihnen gegenüber dahin äußerte, mehr als sechzig Prozent würden an der Kirche aufgeknapft werden, bis die Ungarn wieder nach Sedowce zurückkehren.

## Wegen Mordversuchs verhaftet.

Pilsen, 21. Dezember. Heute nachts wurde hier der 24jährige Beschäftigungslose Mälzer Rudolf Holoubek wegen Mordversuches verhaftet. Er begleitete in den gestrigen Abendstunden die 19jährige Rose Katal zu den Born-Paraden, wo sie wohnte. Holoubek unterhielt früher mit der Katal ein Verhältnis, das diese jedoch unterbrochen hatte. Plötzlich begann Holoubek auf sie einzuschlagen und als sie die Flucht ergriff, schoß er aus dem Revolver nach ihr, doch wurde sie nicht getroffen. Holoubek wurde sodann verhaftet; er stand jüngst in Untersuchung wegen Vererbung von Auslagen in Pilsen und Königgrätz.

## Ein Erdbeben.

Prag, 21. Dezember. Heute, den 21. Dezember, wurde im staatlichen Institut für Geophysik um 8 Uhr früh ein Erdbeben mittlerer Stärke in einer Entfernung von 9000 Km. registriert.

New York, 21. Dezember. Im New York wurden gegen Mitternacht schwere Erdstöße verspürt. In Salt Lake City (Utah) blieben die Uhren in zehn Telegraphenämtern stehen. In San Francisco haben die Wächter im Staatskapital bemerkt, daß die Kronleuchter zu schwingen begannen, auch haben sie Krachen in der Kuppel vernommen.

## Amerika braut Bier.

New York, 22. Dezember. Wie aus Washington gemeldet wird, hat das Repräsentantenhaus heute die Gesetzesvorlage, die die Herstellung und den Ausschank 3,2prozentigen Bieres gestattet, angenommen. Die Annahme erfolgte mit 290 gegen 165 Stimmen. Die Vorlage geht nunmehr an den Senat.

## Eine „legale“ Nazi-Aktion.

Innsbruck, 21. Dezember. Die Nationalsozialisten in Innsbruck haben gestern in Plakaten die Veräußerung angefordert, ihre Weihnachtseinkäufe nur bei christlichen Kaufleuten zu machen und die jüdischen Geschäftsleute, die in

# Das neue Blatt für unsere Leser:

# Bunte Woche

Wochenausgabe für Stadt und Land

Prag

Wir stellen unseren Lesern eine neue Wochenzeitung vor — neu im besten Sinne des Wortes, neu in der Anlage: „Die Bunte Woche“.

Wir würden wünschen, dieses ausgezeichnete Blatt bald in den Händen all unserer Leser zu sehen. Die „Bunte Woche“ hat es sich zur Aufgabe gemacht, ein wirklicher Freund der Massen zu werden. Das Beste vom Besten ist ihr eben gut genug, um den ständig wachsenden Forderungen breiter Schichten zu stellen. Nichts, was einem modernen Menschen Belehrung, Spannung und Freude bereiten kann, wird in der „Bunten Woche“ fehlen. In jeder Nummer werden unsere Leser Berichte über seltsame Abenteuer in fernen Ländern, ausgezeichnete Erzählungen der besten deutschen Schriftsteller, historische Betrachtungen, technische und naturwissenschaftliche Berichte finden. Ein wirklich amüsant und spannender Roman der bekannten Schriftstellerin Hermynia zur Mühlen, eine Beilage für Briefmarkensammler, eine Rubrik für Schachspieler, eine Seite für die Jungen, ein außerordentlich übersichtliches Radioprogramm der Woche und eine Fülle von Preisaufgaben und Preisrätseln werden das Bild jeder „Bunten Woche“ vervollständigen.

Schon die erste Nummer der „Bunten Woche“, die in den nächsten Tagen in allen Verschleißstellen und bei allen Kolporturen zu haben ist, wird unseren Lesern besser als jede Ankündigung zeigen, was unser neues Wochenblatt will und was es leistet. Sie werden in dieser „Bunten Woche“ einen spannenden Bericht über

die seltsame Osterinsel „Die Insel der 555 geheimnisvollen Götter“ finden und eine reizvolle Weihnachtserzählung Hans Falladas „Lüttenweihnachten“. Sie werden den ersten Artikel einer spannenden naturwissenschaftlichen Serie des bekannten britischen Astronomen James Jeans finden und auch den ersten Artikel aus einer Reihe von Berichten über Zeitgenossen, die einst im Mittelpunkt menschlichen Interesses standen und heute in Vergessenheit geraten sind. Karl Renner, der erste Staatskanzler der österreichischen Republik, wird Ihnen von seiner Begegnung mit dem letzten Habsburgerkaiser Karl erzählen, Albert Einstein, Heinrich Mann, Hugo Breitner, Sinclair Lewis, Julius Zandler, Schalom Asch, Robert Kronfeld und viele andere werden die merkwürdige Frage beantworten, was sie täten, wenn sie Carnegies Geld hätten. Aber es ist unmöglich, hier auch nur all das, was diese Nummer der „Bunten Woche“ bietet, aufzuzählen. Wir können unseren Lesern nur den Rat geben:

Kaufen Sie sich sofort die erste Nummer der „Bunten Woche“ — die folgenden Nummern werden Sie nicht mehr missen wollen! Die „Bunte Woche“ erscheint jede Woche, 16 Seiten stark. Der heutigen Nummer liegt überdies noch der Abdruck der bisher erschienenen Romanfortsetzungen bei.

Die „Bunte Woche“ kostet K 1.— per Nummer, K 13.— vierteljährlich.

Die „Bunte Woche“ ist in allen Verschleißstellen, Trafiken, im Postabonnement erhältlich.

Plakaten namentlich genannt und deren Geschäfte auch in einem Plaze ausgezeichnet waren, zu kopistieren. Auf eine Anzeige des Handelsministeriums hin ist die Staatsanwaltschaft in Innsbruck gegen die Verbreiter und Urheber des Plakates, nämlich die nationalsozialistische Parteileitung, wegen des Verstoßes nach § 20 eingekerkert und hat die Einlieferung der aufreißenden Plakate veranlaßt.

Der Postverkehr zu Weihnachten und am 1. und 6. Jänner 1933. Samstag, den 24. Dezember, werden die Amtsstunden für Postverkehr im Postdienst um 13 Uhr beendet; die Zustellung der Briefpost befristet sich auf höchstens zwei Bestellgänge vormittags. Die Paketzustellung erfolgt auch nachmittags. Am 25. Dezember und am 1. Jänner bleibt der übliche Sonntagsdienst ausgesetzt. Montag, den 26. Dezember, wird wie an Feiertagen amtiert. Freitag, den 6. Jänner, wird im Post-, Telegraphen- und Telephonverkehr wie an Feiertagen amtiert; die Post wird jedoch nur im Ortsbestellbezirk zugestellt.

Bergarbeitertod. Dienstag um 20 Uhr entstand im St. Stefans-Stollen des Bergwerkes der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft bei Künstlich ein Einsturz, durch den ein 19jähriger Bergarbeiter begraben wurde. Trotz den sofort eingeleiteten Rettungsarbeiten konnte er nicht mehr lebend geborgen werden. Die Untersuchung zur Feststellung der Ursache des Einsturzes ist im Gange.

Die Gattin vor den Augen der Kinder erschossen. Der 19jährige Arbeiter Paolo Scuri wies aus Eifersucht mit zahllosen Messerstichen seine 19jährige Gattin vor den Augen seiner drei

kleinen Kinder, während das vierte, ein Neugeborenes, weinend auf dem Bette lag. Er behauptete, als der Pfarrer und der Arzt herbeigekommen, die Gattin habe noch einem Streit ein Messer im Bett versteckt, um ihn zu ermorden. Es sei ihm gelungen, ihr zuzukommen.

Der Bräuer Beitzel, der bisher stets aktiv war und ohne Beiträge aus dem Landesfonds das Votengewicht in seinem Haushalt aufrechtzuerhalten vermochte, verzeichnet im Jahre 1932 einen Umlageausfall von rund 800.000 K. Der obersten Voranschlag für das Jahr 1933, der in der nächsten Zeit aufgestellt werden wird, dürfte einen ungefähren Abgang von über einer Million K aufweisen.

Todesopfer der Grippe. In erschreckender Weise hat sich im Saazer Lande die Grippeverbreitung ausgedehnt. Obwohl sie anfänglich harmlos erschien, nimmt sie jetzt einen außerordentlich schweren Verlauf. In der Stadt Saaz sind der Epidemie innerhalb von 5 Tagen 14 Menschen zum Opfer gefallen. Nicht weniger als tausend Personen liegen grippekrank zu Bett. Sämtliche Schulen der Stadt wurden über amtärztliche Verfügung gesperrt, da rund 60 Prozent der Schulkinder erkrankt sind.

Der Scheide-Tunnel wurde am Dienstag vom belgischen König eröffnet. Die Unterführung ist 2100 Meter lang.

Ein Autobus getötet. Um die fünfte Morgenstunde des 21. Dezember wurde der Pensionist der staatlichen Tabakfabrik in Joachimsthal Johann Kausch von dem zwischen Oberbrand-Joachimsthal verkehrenden staatlichen Pohnautobus erfasst, zu Boden geschleudert und überfahren, wobei Kausch so schwere innere Verletzungen

## Der Todesgang.

Zwölf aufregende Stunden des Mojoko-Forschers Prof. Dr. Absolon und seiner Mitarbeiter.

Sechs Wochen lang ringt unermüdet und ununterbrochen Prof. Dr. Absolon um die Lösung des Mojokogräbels. Sechs Wochen lang ersehnte und erwartete er stündlich die Offenbarungen der Unterwelt — die ihm Sonntag endlich, alle Erwartungen in überwindlichem Maße übersteigend, zuteil wurden. Der unterirdische Punktort ist aufgefunden und mit ihm der größte aller Wasserdoms der Karstformationen.

Am frühen Morgen schon, noch lag dichter Nebel im öden Tale und der ganzen Gegend, setzte sich die Forstbetriebspedition in Bewegung, mit Seilen, Strickleitern, zwei Gummiboosten, Vermessungsinstrumenten und einer großen Karbidreserve versehen. Es folgten drei Mann einer militärischen Telephonabteilung, die für die ständige Verbindung mit der Außenwelt, vor allem aber mit der Pumpstation, zu sorgen hatte. Der Weg führte durch die von Dr. Absolon in den Jahren 1909 bis 1914 entdeckten Tropfsteinhöhlen zur Mojokogrotte und von hier durch den Höhlentraben in die geheimnisvolle Tiefe. Der von Dr. Absolon in vergangener Woche entdeckte lange, schlauartige Kanal, von ihm seit damals „Todesgang“ genannt, wurde diesmal zum zweitenmal von Menschen, die sich, am Rande liegend, hundlang darin vorwärts wühlten, passiert. Am Nachmittag um 3 Uhr war endlich die bassonartige über undurchdringlicher Wassertiefe vorragende Steinplatte

glücklich wieder erreicht. Wenn man lange Zeit hindurch in Erwartung großer Ereignisse lebt, so gibt es keine Müdigkeit, wenn diese eintreffen, selbst wenn man übermenschliche Strapazen erben hinter sich brachte. Die Mündung des Todeskanals auf die kalkartige Zersetzungsplatte bildet ein enges Loch, das eben groß genug ist, um einen Mann durchzulassen. Das Aufblasen der Gummiboote wurde unter den gegebenen Raumverhältnissen zu einem Problem, das erst nach langen, praktischen Versuchen seine Lösung fand. Da der Wasserpegel sich 4 Meter unter dem Standorte befand, mußten sowohl die Boote, als auch die Besatzung abgeseilt werden. Der See, dessen Abmessungen 120 Meter Länge und an manchen Stellen bis zu 30 Meter Breite betragen, wird von dem größten Dom aller Punktsteinhöhlen überdacht; seine Höhe beträgt vom Wasserpegel weit über 20 Meter. Durch die Arbeit der am anderen Ende des bisher erforschten Punktortlaufes aufgestellten Sigmund-Zentrifugalpumpen sank der Wasserpegel während der Vermessungsarbeiten immer tiefer und aus dem Wasser stiegen einzelne, ganz schwarze Steinwände heraus, so daß man gezwungen war, an diesen Stellen die Boote zu übertragen. Zur Ueberbrückung der Forscher stellte es sich heraus, daß man bei weiterem Vorwärtsschreiten auf dem großen See nicht in die Richtung zur Pumpstation, sondern wieder zurück zur Mojokogrotte bezw. zu den dort befindlichen unteren See kam. Die Stelle A an der unteren Skizze zeigt den Beginn des Todesganges und den Einstieg der Forscher auf die Stelle B den letzten noch unerschlossenen Teil zwischen dem tiefen See und der Riesengrotte.

## Entdeckungen in der Macocha



Die telephonische Verbindung funktionierte ausgezeichnet. Ihr Zweck war, Dr. Absolon über den Lauf der Pumpen und das Abfließen des Wasserpegels zu informieren. Wenn die Pumpen versagt hätten, oder sonst eine Störung vorgekommen wäre, in deren Folge durch den ständig zuströmenden Punktortlauf das Wasser in den Höhlenlabirinth gestiegen wäre, wäre die Expedition in dem neuen Dome vollkommen von der Welt abgeschlossen gewesen. Die Verbindung des Domes zur Pumpstation beträgt höchstens noch 40 Meter; man nimmt an, daß die Punktwa hier einen U-förmigen Lauf nimmt. An dieser Stelle wird am 2. Jänner 1933 eine Batterie der Rautisa-Tropfpumpen montiert und ins Wasser gelassen werden. Mit diesem Augenblicke hofft Dr. Absolon die Verbindung durch den wasserentleerten Kanal begeben zu können.

## Das Ferienwerk unserer Kinderfreunde.

### 33.200 sonnige Ferientage für Arbeiterkinder.

Das Reichssekretariat des Arbeitervereins „Kinderfreunde“ legt in diesen Tagen einen Tätigkeitsbericht über den vergangenen Sommer vor. Diesem ist die außerordentlich erfreuliche Tatsache zu entnehmen, daß die Organisation trotz Not und Krise sich in ständiger Aufwärtsentwicklung befindet. Die Zahl der Ortsgruppen konnte im Jahre 1931 um mehr als 20 erhöht werden, auch die Mitgliederzahl weist eine erhebliche Zunahme auf. Das Erfreulichste ist aber die in der Krisenzeit nicht hoch genug anzuschlagende Entwicklung der Ferienaktionen, die in der Zahl der Teilnehmer eine Steigerung um 50 Prozent, in der Zahl der Verpflegungstage sogar eine solche von über 100 Prozent aufwies. Im Jahre 1931 nahmen an den Ferienaktionen 932 Kinder mit 15.200 Verpflegungstagen teil, im Jahre 1932 stieg die Zahl der Kinder auf 1449 und die der Verpflegungstage auf 33.200. Hervorzuheben ist die in gesundheitlicher und in pädagogischer Hinsicht wichtige Tatsache, daß der Durchschnitt des Aufenthaltes eines Kindes in einer Ferienkolonie von rund 16 Tagen auf 23 Tage gesteigert ist.

Wenn auch diese Zahlen, gemessen an dem ungeheuren Elend, in dem die Arbeiterkinder heute noch leben müssen, bescheiden sind, bedeuten es doch einen gewaltigen Fortschritt, daß durch die Arbeit unserer Kinderfreunde und die solidarische Mithilfe anderer Arbeiterorganisationen, vor allem der „Arbeiterfürsorge“ es möglich war, fast anderthalbtausend Buben und Mädchen des Proletariats einige Wochen voll Sonne, Freude und ungetrübten Jugendglücks zu bereiten.

erlitt, daß er ihnen nach seiner Ueberführung ins Krankenhaus erlag. Augenzeugen gaben an, daß es der Lenker des Autobusses an der nötigen Vorsicht habe fehlen lassen. Der tödlich Verunglückte stand im 60. Lebensjahre.

Ein dreifacher Raubüberfall wurde am Dienstag in Berlin gegen Mitternacht auf den 24-jährigen in Berlin ansässigen amerikanischen Journalisten Bernhard Kieba verübt. Kieba befand sich auf dem Wege nach Hause, als er plötzlich in der Kurfürstendammstraße von einem Mann, der aus einem Hausflur heraustrat, um Feuer gebeten wurde. Während er noch seinem Feuerzeug laugte, sog der Unbekannte eine Pistole und drängte Kieba in den Hausflur, wo er ihn mit vorgehaltener Waffe vollkommen ausplünderte. Nachdem er ihm sämtliche Wertgegenstände — außer Bargeld und einem Scheidbuch eine goldene Uhr und einen Vertrag mit einer amerikanischen Nachrichtenagentur — geraubt hatte, verschwand der Unbekannte in der Dunkelheit, ehe es Kieba gelang, eine Polizeistreife von dem Vorfall zu verständigen.

Frühling in Paris. Infolge der außerordentlich warmen Luftwelle in Paris wurde Dienstag eine Temperatur von 16 1/2 Grad Celsius bei ganzjährigem Sonnenschein verzeichnet. Die Hochminima bewegten sich zwischen 9 bis 10 Grad Celsius.

Polizei und Wildschützen. Aus Polnisch-Smetana, nahe der deutschen Grenze, kommt die Nachricht, daß die Polizei bei der Verfolgung von Wildschützen von der Waffe Gebrauch machte. Ein Wildschütze wurde getötet und zwei verletzt. Auch ein Polizist erlitt Verletzungen.

Handgranaten gegen eine jugoslawische Kaserne. In der Nacht auf Dienstag schluderte eine unbekannte Bande in der jugoslawischen Gemeinde Jozefrad gegen die außerhalb der Stadt gelegene Kaserne 14 Handgranaten. Zwölf derselben explodierten, ohne irgendeinen Schaden anzurichten. Die Granaten gehörten dem Typ „Orion“, an, wie sie von den bulgarischen Kommandoschützen angewandt werden. Die Nachforschungen, die sofort aufgenommen wurden, deckten Spuren auf, die über die bulgarische Grenze führten.

Die Abfertigungen für weibliche Staatsangehörige, die für den Fall eingeführt werden, daß eine Angehörige nach § 210 des Grundgesetzes zum Zweck der Verheiratung freiwillig aus dem Staatsdienst austritt, werden in einer Tabelle erläutert. Sie betragen z. B. für eine pragmatische Beamtin der IV. Dienstklasse, die vorher drei Jahre Konzeptschreiberin und mehrere sechs Jahre Offiziantin war, nach zehn Dienstjahren 13.500, nach fünfzehn 28.350 und nach zwanzig Jahren 48.600 K. Eine literarische Lehrerin erhält nach fünf Dienstjahren 6750, nach zehn 13.900, nach fünfzehn 26.150 und nach zwanzig Dienstjahren 39.400 K. Eine Konzeptschreiberin, die vorher drei Jahre als Konzeptschreiberin beschäftigt war, erhält nach derselben Anzahl von Jahren als Abfertigung 4725, 13.284, 21.841, beziehungsweise 34.200 K.

Die Autobuslinie Nr. 797 Hoheneibe-Dienstadt-Rellau wird während der Ski-Saison bis nach Benedo verlängert. Der Autobus fährt Samstag um 12.45 Uhr an Rellau, Montag, Mittwoch, ab Sonntag um 12.45 Uhr an Benedo um 7.50 und 12.45 Uhr. Außer diesen Tagen kann der Autobus bei dem Post- und Telegraphenamts in Rellau bestellt werden.

Die Autobuslinie Nr. 797 Hoheneibe-Dienstadt-Rellau wurde bei einigen Relationen nach Rellau verlängert. Die Verbindung zum Jage Trautmanau-Elmsen am 11.08 in Rellau, a. d. Elbe und zum Schmelzberg Trautmanau-Prag um 12.33 Uhr ab Rellau existiert.



# SIND SIE ÜBER DAS GESCHENK IM ZWEIFEL?

Es befindet sich in unseren Schaufenstern — besichtigen Sie es!  
BESUCHEN SIE UNS — WIR BERATEN SIE!



## Blutiger Kampf im Häublerl'Ätig. Ein Dompteur von Tigern angefallen.

Wien, 21. Dezember. In einer aufregenden Szene kam es gestern vormittag im Zirkus General. Der südamerikanische Jufus Scala bereitet dort sein Wintergaspel vor, bei dem auch eine gemischte Gruppe junger Tiger und Löwen auftreten soll. Gestern vormittag probte der Dompteur Enrico wie gewöhnlich mit seinen Tigern. Der Zirkus hat die Tiere erst vor zwei Monaten in Südamerika von einer herumziehenden Menagerie gekauft; sie wurden erst in Wien weiterdressiert. Enrico hatte gerade Brüste und Gabel aus der Hand gelegt, um ein schweres Sprungpostament herbeizuschleppen, als plötzlich der bengalische Königstiger Wida die neben ihm sitzende Löwin anfiel und ihr das linke Ohr fast ganz abbiß. Enrico wollte die ineinander verbissenen Tiere trennen und rief sie mit der Gabel auseinander.

In diesem Augenblick fiel ihn sein größter und wilderster Sumatraner Willy an und drückte ihm eine tiefe Bisswunde an der linken Schulter bei. Enrico konnte gerade noch im letzten Augenblick mit Brüste und Gabel diesen Tiger abwehren, als ihn auch schon drei andere Tiger von hinten anfielen. Zwei Prankhiebe im Muskelfleisch des Rückens zwangen ihn, sich diesen Tieren zuzuwenden und wiederum ging Willy los, der ihm blitzschnell mehrere Prankhiebe in den linken Unterarm und die beiden Beine versetzte. Mit Mühe und Not konnte der Dompteur an das Gitter gelangen, um den Rücken gedeckt zu haben, da ihn nunmehr alle Tiger und auch die verletzte Löwin unausgesetzt angriffen.

Der Löwendompteur des Zirkus, Eugenio, eilte herbei und warf dem verwundeten Enrico einen Revolver durch das Gitter zu; mit einer langen Eisenstange versuchte er, von außen die Tiger zurückzuführen. Die Tiere waren aber durch den Blutgeruch des Menschen derart erregt und wild, daß sie immer wieder angriffen. Erst als Enrico unausgesetzt blinde Schüsse dicht vor die Rippen der Tiere abfeuerte und der Löwendompteur einige Wasserkrübe aufschien, die Tiere schüttelte, konnten sie soweit zurückgedrängt werden, daß der verletzte Dompteur schnell den Käfig verlassen konnte. Mehr als eine Viertelstunde hatten beide Dompteure buchstäblich mit den Tieren gerungen, um sie von ihrem Opfer wegzubringen. Enrico hat außer einer tiefen Bisswunde in der linken Schulter mehrere stark blutende Fleischwunden am Rücken und am linken Unterschenkel sowie zwei Bisse am linken Unterarm davongetragen. Zum Glück wurden keine edleren Organe verletzt.

### Heiratskandidat gefaßt.

Ein junges Mädchen aus dem Dorfe Kedenitz bei Kraden suchte durch ein Zeitungsinserat einen Heiratspartner, der sich tatsächlich schon nach kurzer Zeit in der Gestalt eines in den besten Jahren befindlichen Mannes einfindet, nachdem zwei, drei Briefe gewechselt worden waren. Der Heiratskandidat gefiel der Eheaspirantin so gut, daß sie ihm gern gestattet, einige Tage bei ihr zu bleiben und bei dieser Gelegenheit festzustellen, daß sie von Klübe und Keller sowie verstand, als ein Mann zu verlangen das gute Recht hat. Also blieb der Ehewillige fast zwei Wochen bei seiner „Braut“ und das Jähllicht wurde wahrscheinlich noch einige Zeit gedauert, wenn sich nicht eines Tages ergeben hätte, daß der brave Heiratskandidat ein Schwindler ist, dem es nur darauf ankommt, gut und billig verpflegt zu werden: der Mann ist längst verheiratet und Vater zweier Kinder. Der Traum des Mädchens von Kedenitz zerfiel also auf eine sehr häßliche Art, und der „Mann auf Probe“ hat eine mit schwedischen Gardinen versehene Stube in einem stattlichen staatlichen Gebäude bezogen.

### Serbischer Vorkicher und Schwiegervater ermordet, Frau und Sohn schwer verletzt.

Am 20. Dezember abends wurde im Dorfe

Kostinac in Serbien der Gemeindevorsteher Mitkovic und dessen Schwiegervater von unbekanntem Räubern ermordet, die Frau und der Sohn des Gemeindevorstehers wurden durch Gewehrschüsse schwer verwundet. Man vermutet, daß ein Raubmord vorliegt. Der ermordete Gemeindevorsteher war ein enger Parteigänger des im Jahre 1920 ermordeten demokratischen Ministers des Innern Drakovic. Nach dem Tode des letzteren war Mitkovic Nachverwalter des Nachlasses der ermordeten Ministers.

### Tom Miz, der bekannte Cowboy-Darsteller in Filmstudien, gedenkt, seinen Schaupielerverberuf aufzugeben.

Nach Weihnachten will er mit seinen berühmten Pferden ein Tournee um die Welt antreten.

### Razi-Ehrenmänner.

Das Schöffengericht im württembergischen Ludwigsburg verurteilte drei SA-Leute wegen Einbruch und Diebstahl zu je 4 1/2 Monate Gefängnis. Diese „Erneuerter Deutschlands“ hatten sich während ihrer Tätigkeit für das Dritte Reich zu einer regen Einbrecherkolonne entwickelt. — Der Vorsitzende der nationalsozialistischen Partei in Uferen bei Kiel, der zugleich Stadtverordneter ist, ein Steuerberater Boh,

wurde wegen Unterschlagung auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft verhaftet. Boh galt in Uferen als besonders eifriger Bekämpfer des „marxistischen Untermenschentums“.

### Der Siegeszug der Ultrakurzen.

Das britische Luftfahrtministerium gab eine mit nur 15 Zm. Wellenlänge arbeitende Funkanlage in Auftrag, die in einigen Monaten im Lufthafen Lympne bei Hove aufgestellt werden soll. Die für die Verbindung auf dieser kleinen Wellenlänge notwendigen Sender- und Empfangsantennen werden nur etwa drei Zentimeter lang sein. Die ultrakurzen Wellen werden in besonders gebauten Röhren erzeugt, durch einen Spiegel scharf gebündelt und mittels eines kreisförmigen Reflektors von etwa drei Meter Durchmesser auf einen entsprechenden Gegenreflektor bei der Empfangsstation gerichtet. Auch in Frankreich, einige Kilometer südlich von Calais, soll ein derartiger Ultra-Kurzwellensender errichtet werden. Man gibt den Kurzwellensendern deshalb den Vorzug, weil kurze Wellen weder durch atmosphärische Störungen, noch durch langwellige fremde Sender beeinflusst werden können. Außerdem eignen sich Kurzwellenapparate gut für Fernschreibebotschaften.

## Goldbrauch in aller Welt.

### Neue Funde in Australien. — Goldminen steigen in Westafrika. — Glanz am Victoria-See.

Australien, das alte Goldland, ist einem neuen Rennen um Gold-Konzessionen und Ausbeutungsrechte verfallen. Die Zeiten um die Mitte des vorigen Jahrhunderts scheinen wieder gekommen, als der fünfte Erdteil den großen Goldhunden seine Erschließung verdankte. Ueberall diskutiert man die letzten Berichte über die Zuchergewinne, und die Resultate lassen die Aktien der schnell gegründeten Ausbeutergesellschaften jeweils nach oben oder unten schnellen.

### Mit Kamelen und Flugzeugen.

Kamel- und Flugzeugexpeditionen brechen ins Innere des Landes auf. Sie nehmen vor allen Dingen reichlich Wasser, Nahrungsmittel und Funkapparate mit. Sobald sie positive Meldungen in die Städte senden, stürzen sich die Spekulanten auf alle ihnen ansichtsreich erscheinenden Unternehmen. So stiegen die Aktien der Grant-Company in einer Woche um 30 englische Pfund, trotzdem die Grant-Berge bis heute nur eine entfernte Hügelkette im Innern von Australien sind, fern von aller Zivilisation. Aber gerade von dort sollen angeblich sehr goldhaltige Muster geschickt worden sein.

### Die Prospektoren.

Die Sucht nach Gold hat die Menschen aller Berufs- und Gesellschaftskreise erfaßt. Einzelne Arbeitslose und erfahrene Bushmänner ziehen als selbständige Goldsucher, sogenannte Prospektoren, hinaus. Alte, scheinbar schon erschöpfte Goldminen werden häufig wieder eröffnet. Vor kurzem zahlte man noch für die Aktien der alten berühmten Hercules-Minen in Bendigo nicht einmal einen Schilling — jetzt aber sind diese Aktien infolge neuer Funde kaum für das Fünftel dieses Betruges zu haben. Bevor nach den jeweiligen Funden der große Run in die Duffentlichkeit einsetzt, haben sich die Goldsucher stets erst Geldleute zur weiteren Ausbeutung des von ihnen entdeckten Goldgebietes gesichert.

Vegreift sich die neue Goldsucherei auf die Volkswirtschaft Australiens auch in einem weiteren Sinne einen belebenden Einfluß ausgeübt. Man gibt wieder Kredit, die innere Kaufkraft wächst. Ob die Belebung von Dauer ist, läßt sich heute noch nicht sagen.

### Am Weiskwasserland.

In Westafrika wurde seit zwei Jahren im Geheimen von den New Consoberat Goldfields und ihren Geologen ein weites Stück am sogenannten Weiskwasserland erschloren und auf-

gedeckt. Südlich von Randfontein wurden etwa 40 Meilen eingehend physikalisch untersucht. Die Feststellungen ergaben, daß die Goldschichten sich auf der ganzen Länge dieses Gebietes fortsetzen, jedoch von einer bis zu mehreren tausend Fuß mächtigen Dolomitschicht verdeckt sind. Bei diesen Untersuchungen waren auch deutsche Ingenieure maßgebend beteiligt. Die Gold-Fields-Gruppe hat für das gesamte Gebiet der Main-Reefs bis zum Westriver sofort das Optionsrecht erworben. Sollte der Nachweis eines abbaubwürdigen Goldgehaltes der Main-Reef-Horizonte auch für diese weite westliche Verlängerung erbracht werden, so wäre damit ein weiteres Stück Goldland erschlossen, das beinahe der Hälfte des bis jetzt im Abbau befindlichen Weiskwasserlandes entspricht.

### Kalamega.

Ebenso begreift wie die Aktien der westafrikanischen Goldgesellschaften sind neuerdings auch ostafrikanische Goldminen. Die Ausbeutung der Goldfelder von Kalamega in der britischen Ostafrika-Kolonie Kenia — etwa zwischen dem Indischen Ozean und dem Victoria-See gelegen — ist bereits in vollem Gange. Die neuen Goldfelder bergen Alluvial- und Riffgold. Die Suche und Ausbeute begann hier ebenso abenteuerlich wie in Australien und vor Jahrzehnten in Kalifornien: Farmer, die seit Jahren unter den Auswirkungen der Wirtschaftskrise leiden, Entwürfs- und Abenteuer aller Art ergaben sich einem „Claim“ auf dem sie mit fast romantischer Sehnsucht und unendlich großer Hoffnung die Erde durchsuchten und wuschen. Dabei ging ziemlich viel feinsörniges Gold verloren. Die Ausbeute lohnt erst, nachdem die ersten Reefs (goldhaltige Gesteinsadern) gefunden waren.

Augenblicklich sind schon ungefähr 1500 Europäer in Kalamega — teils Goldsucher, teils Nahrungsmittelkontranten, Expediteure usw. Die Claim-Eigentümer arbeiten in Käftstüdenschichten. Eine Minengemeinschaft wagt ihre Interessen. Heute wohnen die Goldsucher Ost-Afrikas noch in Hütten — der steigende Verdienst und das optimistische Gutachten des Goldsucherhändigen Albert Kison läßt sie jedoch hoffen, bald und endgültig den klammernden Armen der Krise entkommen zu sein. Wo jetzt noch zwischen Gummibaumen die Hütten der Eingeborenen stehen, sehen sie bereits die Bauplätze einer Minenstadt in die Höhe greifen... ein kapitalistischer Traum von afrikanischer Zukunft.

## Die „beflegte“ Tuberkuloje.

Von Marion.

Eine Prager und eine Berliner Tageszeitung berichten, in den letzten Tagen über ein Wundermittel zur Bekämpfung der Tuberkuloje. Das Mittel, eine Impfung mit lebenden Tuberkulobazillen, sei durch 20 Jahre von der medizinischen Wissenschaft totgeschwiegen worden aus Motiven, die die Zeitung nur andeutet und die, schon öfters in Zeitschriften erhoben, eine groteske Beschuldigung der gesamten Ärzteschaft darstellen; man wehre sich gegen das Mittel, weil die Tuberkuloje durch seine Anwendung aussterbe und die Ärzte damit um einen wesentlichen Verdienst lämen. Unmöglichkeit Barthelemy, daß alle Ärzte in furchterlicher Verschwörung solchen Verrat an der Menschheit wägen, ohne daß sich ein einziger fände, der diese Front durchdränge!

Der Zeitungsartikel deutet, wie gesagt, diese sinnlose Behauptung nur an und berichtet weiter, daß ein ungarischer Arzt, Dr. Szalasi, in einer Budapester Arbeitervorstadt märchenhafte Erfolge mit dieser Impfung erzielt, mit ausdrücklichem Hervorheben der Tatsache, daß die sozialen Verhältnisse in keiner Weise geändert wurden. — Bis

hierher ist der Artikel in seiner Anerkennung der verdienstvollen Arbeit Dr. Szalasis, die höher Bewertung und Würdigung verdient, gut und lobenswert, — hier beginnt er gefährlich zu werden.

Die Tuberkuloje-Statistik spricht eine klare Sprache; sie zeigt, daß die Krankheit in der Großstadt katastrophaler ist, als auf dem Lande, und daß innerhalb der Großstadt wieder die Proletarier- und Fabrikviertel am meisten heimgesucht werden. Die Tuberkuloje ist also eine typische Mißgeburt der europäischen Zivilisation und nur mit einer Verbesserung der sozialen Situation ist auch die Tuberkuloje beseigbar. Wie aber stellt der Zeitungs-Artikel die Sache dar? Man könne ruhig die Proletariervorstädte ungeplästert lassen, die Menschen können in Holzbaracken bleiben und brauchen gar nicht sehr dringend eigene Betten, auch die Ueberführung von Frühfällen der Tuberkuloje in ein Sanatorium sei überflüssig! Ein Stich, eine Friedmann-Impfung genügt, um alle sozialen Maßnahmen aufzuwiegen! Das wäre wirklich eine einfache Lösung dieses Problems!

Was sagt nun die so verachtete offizielle Forschung dazu? Im Handbuch der „Tuberkuloje“, von Engel-Piquet, einem grundlegenden Werk aus dem Jahre 1930, wird die Friedmannsche Impfung absolut nicht totgeschwiegen, son-

dern ausführlich behandelt, allerdings mit der Bemerkung, daß man bisher zu keinem abschließenden Resultat über die Wirksamkeit kommen konnte, das Mittel aber „unschädlich zu sein scheint“. Scheint! Also nicht einmal die Unschädlichkeit ist klar erwiesen! Auch in Prag verfuhr man die Methode schon und kam davon ab. Hat das wirklich seinen Grund in der Angst der Ärzte vor Ausrottung der Tuberkuloje? Es ist wohl kaum zu glauben. Auch Dr. Szalasis Bericht und ein Bericht von ihm über „Das Ergebnis von Impfungen von 10.000 Tuberkulosepatienten mit dem Friedmannschen Mittel“ aus dem Jahre 1927 ist in dem „Handbuch“ erwähnt (woraus hervorgeht, daß der Budapester Bericht erst fünf Jahre dazu brauchte, um diese Zensurationsnachricht zu finden), und sicherlich ist die Arbeit Dr. Szalasis in jeder Hinsicht anerkennenswert, denn jede Bemühung um Einschränkung dieser furchterlichen Krankheit bedeutet schon einen großen Fortschritt. Trotzdem aber ist die Vorstellung falsch, daß man mit einer Impfung eine Art von Capels Roboter-Menschen schaffen könne, die bei einem Minimum an Lebensbedürfnissen ein Maximum an Gesundheit und Arbeitsfähigkeit erreichen. Der wirklich erfolgreiche Kampf gegen die Tuberkuloje als Volkskrankheit bewegt sich auf der sozialen Ebene.

## Die Standgerichte in Polen.

Der polnische Ministerrat hat im September des vorigen Jahres das Standrecht verhängt und Standgerichte geschaffen, deren Rechtsprechung unerbört ist.

Am 6. Februar 1932 erörterte der Justizauschuß des Sejm die Forderung der Polnischen Sozialistischen Partei nach Abschaffung der Standgerichte. Es wurde auf die Häufigkeit der Hinrichtungen namentlich von Minderjährigen hingewiesen. Der Berichterstatter führte aus, daß man drei junge Menschen von 19 Jahren und einen 17jährigen, fast noch ein Kind, gehängt hatte. Er stellte außerdem fest, daß die Hinrichtungen so zahlreich sind und so rasch aufeinander folgen, daß der Henker sich genötigt sieht, sich durch seine Gehilfen vertreten zu lassen. Der Protest des Henkers Raciejewski, daß es ihm nicht möglich sei, die ganze ihm übertragene Arbeit zu bewältigen, hat in der gesamten offiziellen und in der oppositionellen Presse die Runde gemacht.

Die amtliche Statistik über die Tätigkeit der Standgerichte im Jahre 1932 ist noch nicht erschienen. Aber nach den von der Presse veröffentlichten Mitteilungen kann trotzdem unzweifelhaft behauptet werden, daß die Tätigkeit der Standgerichte nicht abgenommen hat und ihr Terror vor allem in den an der Ostgrenze liegenden Provinzen weiter wüthet. Nach unseren Berechnungen sind bis heute (nach einer „Langzeit“ von 14 Monaten) 300 Personen von den Standgerichten abgeurteilt und gegen 200 hingerichtet worden. Eine Untersuchung dieser Fälle zeigt, daß 70 davon politischer Natur waren. In diesen 70 Fällen wurden 55 Todesurteile und 15 Beurteilungen zu lebenslänglichem Kerker gefällt.

Diese Fälle zeigen deutlich, daß das Standrecht vor allem als Mittel des Klassenkampfes verwendet wird. Unter dem Vorwand des Kampfes gegen die Spionage gegen die Standgerichte unter der Bevölkerung Weiskwasserlands und der Ukraine Furcht und Schrecken, Unabmehrbare und ungerichte Urteile verfolgen den Zweck, den ukrainischen Arbeitern und Bauern zu zeigen, daß ihr erbitterter Kampf gegen die Regierung nutzlos ist, und andererseits gegenüber der polnischen Bevölkerung den Scheinbeweis dafür zu erbringen, daß die Spionage und Terrorwelle sich in Weiskwasserland und der Ukraine ausbreite. Aber das polnische Volk zweifelt nicht daran, daß die Prozesse, die man als „Spionageprozesse“ bezeichnet, nur dazu dienen, den Kampf gegen die nationalen und sozialen Forderungen der ukrainischen Arbeiter und Bauern zu verfrachten.

## Volkswirtschaft und Sozialpolitik

### Die gemeinsame Landeszentrale „Odborove sdruzeni (tschoslovenské, im Jahre 1931.

66 Verbände mit 611.277 Mitgliedern.

Die gemeinsame Landeszentrale „Odborove sdruzeni (tschoslovenské“ veröffentlicht soden ihren Bericht für das Jahr 1931, also über ein Jahr schwerer Wirtschaftskrise und großer Arbeitslosigkeit. Die Hauptaufgabe der Landeszentrale war der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Fürsorge für die Arbeitslosen gewidmet. Tessenangeachtet wurde auch den Lohnbewegungen nicht die Aufmerksamkeit verlegt. Insgesamt gab es 912 Lohnaktionen, in denen es in 109 Fällen zu Streiks oder Ausfäherungen kam, an denen 192.147 Mitarbeiter beteiligt waren. Kollektivverträge wurden vornehmlich oder erneuert 542 (1930 235), für 407.639 (260.900) Personen. An Streikunterstützungen wurden 2.056.171 gegen 1.388.000 Kronen im Jahre vorher angesetzt. Von den Mitgliedern der Landeszentrale einen gewissen Aufschwung auf. Ende 1931 waren in der Zentrale vertreten 66 Verbände mit 611.277 Mitgliedern (Ende 1930 67 Verbände mit 575.836 Mitgliedern, die Zunahme beträgt also 35.441 Mitglieder, das sind 6,2 Prozent). Auf die 46 Zentralverbände entfielen 393.231 Mitglieder, auf die 20 deutschen Verbände 218.046 Mitglieder. Neu eingetreten sind in die Landeszentrale die Union der tschoslovenkischen Arbeiter, während der Verband der Versicherungsangestellten mit dem Einheitsverband der Holzarbeiter aufgingen.

## Mitteilungen aus dem Publikum.

Mit dem Weihnachtsgeschenk freuen sich in der Regel zwei der Beschenkte und — eigentlich noch mehr — der Geber. Die größte Freude macht das praktisch-sachliche Geschenk. Mit der tschischen Taschenlampe und der Batterie PALABA freut sich der Beschenkte wie der Geber, denn sie ist zweckmäßig und hält lange aus. 1815



